



Landratsamt Altenburger Land

**Arbeitsbericht 2000 – 2005/2006,
Problemfelder und
Zielstellungen**



Landratsamt Altenburger Land

Arbeitsbericht 2000-2005/2006, Problemfelder und Zielstellungen

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,
sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit diesem Material stellt Ihnen der Landkreis Altenburger Land eine nach den Fachbereichen der Kernverwaltung gegliederte und gut überschaubare Dokumentation der Arbeitsergebnisse von 2000 bis Februar 2006 vor. Ergänzt werden diese Aussagen durch die Beschreibung der vorhandenen Problemsituation, sowie den von Mitarbeitern und Führungskräften formulierten Zielstellungen.

Um ein gute Übersichtlichkeit zu ermöglichen, wurde diese Arbeit aufgrund der Vielzahl an Einzelinformationen in Kurzform erstellt. Die jeweiligen Fakten werden benannt, im Detail jedoch nicht ausführlich beschrieben. Ergänzend dazu sind teilweise Anmerkungen, jeweils in Klammern, beigefügt.

Sollten Sie an weitergehenden oder umfänglicheren Informationen interessiert sein, so werden wir Ihnen sehr gern das entsprechende Material zukommen lassen. Wenden Sie sich dazu bitte an den Fachdienst Öffentlichkeitsarbeit über e-Mail oeffentlichkeitsarbeit@altenburgerland.de oder per Telefon an (0 34 47) 58 62 70.

Gleichermaßen freuen wir uns über jede in der Sache kritische Anmerkung genauso wie über konstruktive Ideen und Vorschläge, die dazu geeignet sind, unseren Service zu optimieren oder unsere Arbeit in Zukunft noch weiter zu verbessern.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit besten Grüßen

Sieghardt Rydzewski
Landrat

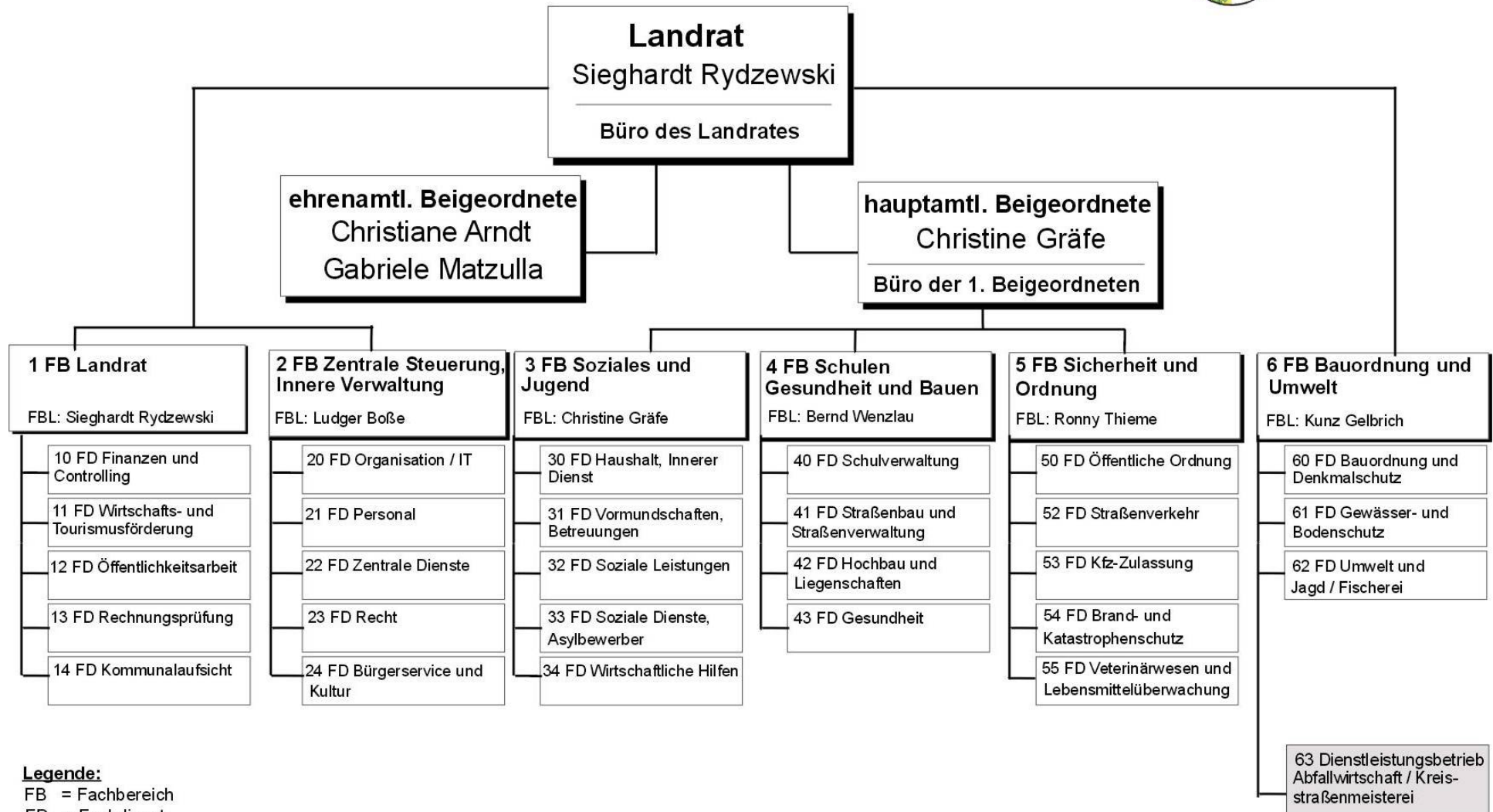


Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	2
Inhaltsverzeichnis	3
Organigramm	4
Fachbereich 1 Landrat	
Fachdienst 10 Finanzen und Controlling	5
Fachdienst 11 Wirtschafts- und Tourismusförderung	7
Fachdienst 12 Öffentlichkeitsarbeit	9
Fachdienst 13 Rechnungsprüfung	11
Fachdienst 14 Kommunalaufsicht	12
Fachbereich 2 Zentrale Steuerung, Innere Verwaltung	
Fachdienst 20 Organisation / IT	14
Fachdienst 21 Personal	16
Fachdienst 22 Zentrale Dienste	18
Fachdienst 23 Recht	19
Fachdienst 24 Bürgerservice und Kultur	20
Fachbereich 3 Soziales und Jugend	
Fachdienst 30 Haushalt, Innerer Dienst	22
Fachdienst 31 Vormundschaften, Betreuungen	24
Fachdienst 32 Soziale Leistungen	26
Fachdienst 33 Soziale Dienste, Asylbewerber	28
Fachdienst 34 Wirtschaftliche Hilfen	30
Fachbereich 4 Schulen, Gesundheit und Bauen	
Fachdienst 40 Schulverwaltung	32
Fachdienst 41 Straßenbau und Straßenverwaltung	34
Fachdienst 42 Hochbau und Liegenschaften	35
Fachdienst 43 Gesundheit	37
Fachbereich 5 Sicherheit und Ordnung	
Fachdienst 50 Öffentliche Ordnung	39
Fachdienst 51 Ausländer- und Personenstandswesen	40
Fachdienst 52 Straßenverkehr	41
Fachdienst 53 Kfz-Zulassung	42
Fachdienst 54 Brand- und Katastrophenschutz	43
Fachdienst 55 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung	45
Fachbereich 6 Bauordnung und Umwelt	
Fachdienst 60 Bauordnung und Denkmalschutz (Kreisplanung)	47 49
Fachdienst 61 Gewässer- und Bodenschutz	51
Fachdienst 62 Umwelt und Jagd/Fischerei	52
Dienstleistungsbetrieb Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei	54
Impressum	56

Organigramm des Landratsamtes Altenburger Land

Stand: 01.01.2006





Fachdienst 10 Finanzen und Controlling

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Fachdienst ist zuständig für die haushalts- und finanzwirtschaftlichen Aufgabenstellungen, wie Haushaltsplanung und -vollzug, das Kassen- und Rechnungswesen einschließlich Vollstreckung, das zentrale Controlling sowie für die Überwachung der gesellschaftsrechtlichen und vertraglichen Pflichten der Beteiligungen des Landkreises.
- Im Berichtszeitraum war die Haushalts- und Finanzwirtschaft des Landkreises ständig gesichert. Die jährlichen Haushaltspläne bildeten die Grundlage für die Tätigkeit der Verwaltung.
- Ständige Aufgabe war die Umsetzung von haushaltskonsolidierenden Maßnahmen.
- Im Berichtszeitraum gab es keine Liquiditätsprobleme.
- In den vergangenen Jahresabschlüssen wurden trotz aller Unwegbarkeiten im Haushaltsvollzug positive Ergebnisse erzielt.
- Für anspruchsvolle Infrastrukturmaßnahmen im Schul- und Kreisstraßenbereich (Neubau Verbinder und Sanierung Berufsschulzentrum für Gewerbe und Technik, Winterschäden-programm) wurden die Finanzierungen realisiert.
- Der Umbau des Objektes Altenburg, Lindenastr. 31, von einer ehemaligen Schule zu einem Verwaltungsgebäudekomplex wurde mit einem Kostenaufwand von mehr als 2.800 T€ selbst finanziert.
- Von 2000 bis 2005 tätigte der Landkreis Investitionen in Höhe von 63.931 T€
Diese wurden wie folgt eingesetzt:

- für den Erwerb beweglichen Vermögens	6.467 T€
- für Baumaßnahmen	44.629 T€
- für Erwerb von Grundstücken	1.321 T€
- Zuschüsse für Investitionen an Dritte	5.757 T€

 (Darin enthalten sind u. a. die Zuschüsse für die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH mit 1.830 T€ sowie die Anteilsfinanzierung der Mehrzweckhalle Altenburg („Goldener Pflug“) mit 716 T€).
- 2002 wurde die Euro-Umstellung erfolgreich und reibungslos vollzogen.
- Die Verschuldung des Landkreises konnte weiter gemindert werden. Von 2000 bis 2005 ging die Istverschuldung um 3.208 T€ zurück. Aufgrund der umfangreichen Investitionstätigkeit war eine außerordentliche Kreditablösung nicht möglich. Nachteilig wirkte sich die Kreditübernahme vom Dienstleistungsbetrieb für Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei in Höhe von 924 T€ aus.

Schuldenstand per 31.12.2000:	45.897 T€
per 31.12.2005:	42.689 T€
- Die höchsten Belastungen in der Haushalts- und Finanzwirtschaft ergeben sich aus den sozialen Aufgabenstellungen. Die Ausgaben entwickelten sich von 25.852 T€ im Jahr 2000 auf einen Stand von 52.003 T€ im Jahr 2005. Das entspricht einer Steigerung auf 201 %. Die Gesamtausgaben für die sozialen Aufgaben betragen im Berichtszeitraum 196.116 T€
- Im IV. Quartal 2004 wurde ein neues EDV-Programm für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen eingeführt. Dies ist das umfangreichste EDV-Programm im Landratsamt.
- Die Zuschüsse an die Unternehmen mit kreislicher Beteiligung konnten jederzeit gewährleistet werden. Umfangreiche Unterstützung erhielt die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH. Erhebliche Mittel wurden ebenfalls für den Beitritt des Landkreises am 01.08.2005 zum Mitteldeutschen Verkehrsverbund bereitgestellt.



- Der Bereich Controlling wurde ab 2001 neu eingerichtet. Die wesentlichen Tätigkeiten sind neben zentralen Controllingaufgaben für das Landratsamt die Umsetzung eines umfassenden Beteiligungscontrollings bei den kreislichen Unternehmen.

Problemfelder

- Die Sicherung des Haushaltsausgleiches bleibt aufgrund der sozialen Lasten und der weiteren Reduzierung von Landeszuweisungen höchst problematisch.
- Die Finanzierung der Leistungen nach SGB II ist durch den Gesetzgeber noch immer nicht ausreichend geregelt.
- Die Finanzausgleichsleistungen sind seit 2002 um rd. 14 % zurückgegangen. Der Mittelumfang betrug 2002 insgesamt 32.111 T€ 2005 waren es nur noch 27.621 T€ Der Landkreis muss ständig zusätzliche Aufgaben übernehmen, ohne dafür die erforderlichen Finanzierungsmittel zur vollständigen Kostendeckung zu erhalten.
- Durch die Erfüllung der umfangreichen Pflichtaufgaben werden Liquiditätsprobleme entstehen, da die Ausgleichszahlungen oftmals nicht zeitnah erfolgen.
- Die Investitionskraft des Landkreises wird durch zurückgehende Finanzmittel weiter sinken.
- Die Altschulden aus dem Jahr 2000 sind eine längerfristige Belastung für den Landkreis und schränken den Handlungsspielraum sehr deutlich ein.

Ziele

- Die Stabilisierung der Haushalts- und Finanzwirtschaft des Landkreises ist vorrangige Aufgabe.
- Die Haushaltskonsolidierung ist weiterzuführen.
- Die Verschuldung des Landkreises ist zu verringern.
- Es sind alle Freiräume zur Finanzierung von Investitionen auszuschöpfen. Für zukünftige Investitionsvorhaben ist der Einsatz alternativer Finanzierungsmodelle (z.B. ÖPP-Modelle) zu prüfen. Schwerpunkt werden Projekte im Schulbereich sein.
- Der Ausbau des Hauscontrollings ist auf der Grundlage eines umfassenden Berichtswesens vorgesehen. Dazu sind die Möglichkeiten des neuen Rechnungswesens und der Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung für eine höhere Transparenz der Verwaltung (produkt- bzw. leistungsbezogene Abrechnung) zu nutzen.

.....
Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Rydzewski

.....
Fachdienstleiterin
Martina Wecker



Fachdienst 11 Wirtschafts- und Tourismusförderung

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Fachdienst wurde im Jahr 2000 erstmalig eingerichtet (zunächst als Referat).
- Zentrale Aufgabe sind die Pflege und der Aufbau von Wirtschaftskontakten sowie die Begleitung von Investitionen – so sind im o. g. Zeitraum ca. 480.000 T€ an GA – Fördermitteln („Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) von der hiesigen Wirtschaft beantragt worden (insgesamt 125 bearbeitete GA-Anträge).
- Im Jahr 2003 wurde unter Mitwirkung von mehr als 80 Partnern in Regie des Regionalmanagements ein umfassendes Marketing- und Entwicklungskonzept erstellt. Marketingaktivitäten wie zielgruppenorientierte e-Mail-Aktionen, der Newsletter Wirtschaft, die Herausgabe von Informationsmaterial und verschiedene Messeteilnahmen trugen wesentlich dazu bei, den Bekanntheitsgrad der Region zu verbessern und führten zu einer Vielzahl von neuen Kontakten.
- Zusammen mit der Industrie- und Handwerksammer (IHK), der Thüringer Aufbaubank (TAB) und der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung (GfAW) findet ein monatlicher Sprechtag für Existenzgründer statt. Dies wiederum ist eingebunden in ein funktionierendes Netzwerk verschiedener Bildungsträger, Berater und staatlicher Stellen.
- Eine Vielzahl von Unternehmensbesuchen des Landrates wurde durch den Fachdienst vorbereitet und begleitet.
- Immer wieder gab es Unternehmen mit ernsthaften Schwierigkeiten, die nicht selten auch existenzgefährdend waren. In die Verfahren haben sich teilweise der Landrat bzw. der Fachdienst eingeschaltet. Oftmals ging es dabei um Sicherung der Liquidität bzw. um Abwendung von Insolvenzen. In einigen Fällen ist es gelungen, den Betroffenen wirksam zu helfen und zur Konsolidierung beizutragen.
- Seit dem Jahr 2003 organisiert der Fachdienst jährlich mehrere Fachveranstaltungen zu wirtschaftsrelevanten Themen. Diese Veranstaltungen waren stets gut besucht.
- Mit sehr großem zeitlichen und personellen Einsatz war der Fachdienst in die Entwicklung am Flugplatz Altenburg-Nobitz eingebunden. Der Fachdienstleiter ist 2. Geschäftsführer. Der weitere Ausbau des Linienflugbetriebes, die Vorbereitungen zur Sanierung der Start- und Landebahn, strategische Planungen und die Abarbeitung der Maßnahmen zur Erlangung einer dauerhaften Betriebsgenehmigung erforderten dieses Engagement.
- Das vom Kreistag bestätigte Radwegenetz mit Radwegen 1. und 2. Ordnung wurde im Jahr 2004 vollständig ausgeschrieben. Etwa ein Viertel der Radwege ist noch auszubauen. Die Städte und Gemeinden als zuständige Baulastträger legen dabei großes Tempo vor, so dass in 2 bis 3 Jahren alles abgeschlossen sein kann.
- Die BUGA-Begleitprojekte „Halde - Beerwalde“ und „Förderturm Löbichau“ (namentlich „Resurrektion Aurora“) sind auch Vorhaben für den nachhaltigen Tourismus. Die Umsetzung ist im Zeitplan. Die Bepflanzungen sind weitestgehend abgeschlossen. Das Kunstwerk „Respektiertes Areal“ von Olaf Wegewitz ist installiert. Seitens der BUGA – Gesellschaft erfolgte im Jahr 2005 die offizielle Anerkennung.
- Eine monatlich stattfindende Tourismusberatung und die daraus eng abgestimmte Zusammenarbeit aller Beteiligten haben deutlichen Nutzen gebracht. Die Zahlen bei den Übernachtungen als auch bei den Tagesgästen steigen kontinuierlich an.
- Im Oktober 2005 wurde ein Kooperationsvertrag zur Wirtschaftsförderung mit dem Landkreis Leipziger Land abgeschlossen.



- KURS 21, ein Projekt mit Lernpartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen, läuft sehr erfolgreich. Bisher wurden 9 Verträge ratifiziert. 2 Verträge befinden sich bereits in der Verlängerung. Die Beteiligten wurden im November 2005 von der UNESCO ausgezeichnet.

Problemfelder

- Die Haushaltslage des Landkreises ermöglicht dem Fachdienst 11 nur wenig Handlungsspielraum, insbesondere für Maßnahmen des Marketings.
- Größere Projekte, wie „Resurrektion Aurora“ (BUGA 2007) können fast nur noch aus Mitteln des Sponsorings finanziert werden.
- Die Personalsituation im Fachdienst lässt es nicht zu aufgrund des größeren Aufgabenspektrums weitere Sonderaufgaben zu übernehmen.
- Die Situation am Arbeitsmarkt lässt erkennen, dass es in den kommenden Jahren immer schwieriger wird, ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte für die Wachstumsbranchen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Dies erschwert die Verhandlungen mit potentiellen Investoren.

Ziele

- Der Flugplatz Altenburg-Nobitz wird weiterhin uneingeschränkt unterstützt. Primäre Aufgabe ist die Einrichtung weiterer Fluglinien.
- Die Ansiedlung von luftfahrtaffinem Gewerbe am Flugplatz Altenburg-Nobitz ist eine besondere Aufgabe für den Fachdienst. Für 2006 sind Investitionen von 2 Unternehmen in Planung.
- Der Ausbau von Wirtschaftskontakten der im Landkreis ansässigen Unternehmen durch intensive persönliche Kontaktpflege unter Nutzung der elektronischen Medien wird intensiviert.
- Die Realisierung der Wirtschaftsseite auf der Homepage des Landkreises mit tagesaktuellen Angeboten für Baugrundstücke und Gewerbeflächen sowie ein gleichermaßen aktuelles Unternehmensverzeichnis sind zeitnah umzusetzen.
- Die Fertigstellung des BUGA-Projektes „Resurrektion Aurora“ ist bis zum Frühjahr 2007 abzusichern.
- Ein mittelfristiges Tourismuskonzept für die Region ist zu erarbeiten.
- Eine flächendeckende Umsetzung von KURS 21 im ganzen Landkreis wird angestrebt. Diese Initiative soll Schülerinnen und Schülern eine breite Palette von Sachthemen im Unterricht wie auch außerschulisch anbieten, um Wirtschaft und ihre Zusammenhänge besser zu verstehen und gezielt auf den Übergang in die Arbeitswelt vorzubereiten.
- Der Ausbau und die Neuanbahnung von Wirtschaftskontakten ins Ausland, wie z. B. nach China, sind permanente Aufgabenstellungen für den Fachdienst.
- Die Maßnahmen des Kooperationsvertrages mit dem Leipziger Land werden umgesetzt.
- Die Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung mit dem Leipziger Land ist als ein zumindest mittelfristiges Ziel definiert.

.....
Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Ryzdewski

.....
Fachdienstleiter
Jürgen Grahmann



Fachdienst 12 Öffentlichkeitsarbeit

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Aufgabe des Fachdienstes ist es, jederzeit die Informationspflicht der Kreisverwaltung gegenüber der Öffentlichkeit zu gewährleisten, die im Berichtszeitraum immer gegeben war.
- Dies erfolgte durch die Organisation und Durchführung von Presseterminen sowie die regelmäßige Herausgabe von Presseinformationen zu den unterschiedlichsten Themen. Darüber hinaus wurde 2005 ein regelmäßig stattfindendes monatliches Pressegespräch eingeführt.
- In den letzten beiden Jahren konnte zudem die Quantität und Qualität des Amtsblattes (2- bzw. 3- Wochen-Rhythmus) weiter verbessert werden.
- Seit 2000 ist der Fachdienst für die Pflege, Aktualisierung und Neugestaltung der Internetseiten des Landkreises verantwortlich und arbeitet an der Umsetzung des eGovernments mit.
- Im Jahre 2002 wurde ein einheitliches Erscheinungsbild des Landkreises (CI - Corporate Identity) aufgebaut und seitdem zur Umsetzung (z. B. Gestaltung von PowerPoint-Präsentationen, Urkunden, Flyern usw.) gebracht. Auch Dritte dürfen dieses CI nach Beantragung nutzen.
- 2002 ist erstmals die Herausgabe einer Faltblattreihe (Landratsamtsgebäude, Landkreis, Kreistag, Bürgerservice, Lotsendienst) im einheitlichen CI gelungen.
- Im Berichtszeitraum wurde eine erste Baubroschüre, eine Seniorenbroschüre sowie die Informationsbroschüre des Landkreises (1. und 2. Auflage) unter Verwendung des CI erarbeitet und herausgegeben.
- Im Jahre 2002 wurde das Botschafterprojekt gestartet (zurzeit gibt es 60 Botschafter des Landkreises), welches eine laufende Weiterentwicklung erfährt.
- Der Fachdienst war als Koordinator für die Erarbeitung und Fortschreibung eines Entwicklungs- und Marketingkonzeptes für den Landkreis (ca. 80 Beteiligte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung) verantwortlich.
- In den Jahren 2003/2004 wurde der Flugplatz Altenburg-Nobitz beim Neuaufbau der Internetseiten sowie bei Werbemaßnahmen unterstützt.
- Eine Vielzahl von Veranstaltungen des Landkreises (Präsentationen bei Neujahrsempfängen, Festveranstaltungen, Jubiläen usw.) wurden vorbereitet und durchgeführt.
- Im Januar 2006 wurde in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Löbichau und Sponsoren eine erste Broschüre für die Begleitprojekte des Landkreises zur BUGA 2007 herausgegeben.
-

Problemfelder

- Die finanzielle Ausstattung des Fachdienstes reicht derzeit nur noch für die Herausgabe des Amtsblattes.
- Finanzielle Mittel für die Erarbeitung von Flyern oder Broschüren (diese müssen alle mit Werbung finanziert werden) stehen seit 2004 nicht mehr zur Verfügung.

Ziele

- Die Pressearbeit ist auch künftig weiter zu profilieren (d. h. mehr redaktionelle Beiträge und Fachartikel an die entsprechende Fachpresse- auch überregional).



- Ebenso müssen PR-Arbeit und Organisation öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen weiter verstärkt werden (z. B. Tag der offenen Tür im Landratsamt mit den Vereinen im Landkreis, Tag des offenen Denkmals, Radtour zu den BUGA-Projekten usw.).
- Im Amtsblatt wird zukünftig regelmäßig zum CI und dessen Nachnutzung informiert.
- Nach dem Start der neuen Internetpräsentation des Landkreises (Frühjahr 2006) wird das Informationsangebot für die Bürger weiter ausgebaut.
- Die Vermittlung von deutlich mehr Informationen über die Gremien des Kreistages, die Gesellschaften mit kreislicher Beteiligung sowie verantwortliche Personen wird ab 2006 erfolgen.
- Die Erarbeitung und Herausgabe neuer Informationsmaterialien (Flyer, Broschüren) für den Landkreis ist weiterhin beabsichtigt.

.....
Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Rydzewski

.....
Fachdienstleiterin
Silke Manger



Fachdienst 13 Rechnungsprüfung

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Fachdienst ist eine vom Gesetzgeber vorgeschriebene Einrichtung der Kreisverwaltung, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Jahresrechnungen des Landkreises örtlich zu prüfen.
- Im Berichtszeitraum wurden die Jahresrechnungen 1999 – 2004 des Landkreises geprüft.
- Ebenso erfolgten weitere 236 örtliche Prüfungen für kreisangehörige Städte, Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Zweckverbände, in denen kein eigenes Rechnungsprüfungsamt eingerichtet wurde.
- Ab dem Haushaltsjahr 2002 sind alle Prüfungen außerhalb der Kreisverwaltung gebührenpflichtig.
- Im Berichtszeitraum wurde der Fachdienst bedarfsgerecht mit entsprechender Hard- und Software ausgestattet, so dass allumfassende Prüfungen möglich wurden.
- Ab Mitte 2005 ist eine grundlegende Neustrukturierung des Fachdienstes vorgenommen worden, in deren Ergebnis eine Spezialisierung als Gemeindeprüfer, Sozialprüfer und technischer Prüfer erfolgt ist. Der Fachdienst soll damit noch leistungsfähiger werden.

Problemfelder

- Eine längerfristige personelle Unterbesetzung des Fachdienstes ließ die Prüfungsrückstände deutlich anwachsen, deren Abarbeitung immer noch anhält.
- Da über zwei Drittel des jetzigen Personals erst im o. g. Berichtszeitraum dem Fachdienst zugewiesen wurden, bedurfte es einer stetigen Einarbeitung der neuen Rechnungsprüfer.
- Die Erhebung der Prüfungsgebühren führt immer wieder zu Spannungen zwischen dem Fachdienst und den zu prüfenden Kommunen.

Ziele

- Es soll eine Rechnungsprüfungsordnung im Landratsamt eingeführt und umgesetzt werden.
- Mit der Spezialisierung wird eine höhere Qualifikation der Rechnungsprüfer angestrebt, die ihren Niederschlag in der Verbesserung der Qualität der Prüfberichte finden soll.
- Die Einführung einer Prüfungssoftware und von Prüfungsstandards ist dringend geboten.
- Die Einführung des doppelten Rechnungswesens muss gezielt vorbereitet werden.

.....
Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Rydzewski

.....
Fachdienstleiter
Ralph Lorenz



Fachdienst 14 Kommunalaufsicht

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Die Ausübung der Kommunalaufsicht ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe des Landkreises und dient der Kontrolle, dass die Träger des Selbstverwaltungsrechtes im Rahmen der gesetzlichen Regelungen handeln.
- Umfangreiche Beratungen der Gemeinden und Aufgabenträger in Rechtsfragen fanden im Berichtszeitraum jederzeit statt.
- Die kommunale Haushaltswirtschaft (bis heute ist keine Stadt oder Gemeinde des Landkreises auf Überbrückungshilfe bzw. Bedarfszuweisungen angewiesen) war sachgerecht zu überprüfen.
- Vergabeproofungen wurden durchgeführt.
- Die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen waren rechtsaufsichtlich zu begleiten.
- Die Handlungsempfehlungen des Thüringer Innenministeriums im Bereich Wasser/Abwasser wurden nach erfolgter Tiefenprüfung der Aufgabenträger abgearbeitet.
- Zinsbeihilfeanträge sind geprüft worden.
- Mehrere Haushaltskonsolidierungskonzepte waren zu veranlassen und zu genehmigen.
- Über kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten wurde entschieden.
- Die Kommunalwahlen waren zu beaufsichtigen.
- Im Bereich Wasser/Abwasser wurden über 1.200 Widerspruchsverfahren bearbeitet.
- Ca. 1.000 Nachtrags-, Haushalts- und Wirtschaftspläne sowie Fördermittelanträge wurden geprüft bzw. genehmigt.
- Ca. 2.800 Satzungen/Satzungsänderungen /-entwürfe waren zu würdigen bzw. zu genehmigen.
- Über 1.000 Berichte, Stellungnahmen, Vorprüfungen und Statistiken wurden gefertigt sowie ca. 500 Petitionen und Beschwerden (auch zur Unterstützung der Arbeit von Oberbehörden) bearbeitet.
- Mehrere Disziplinarverfahren wurden durchgeführt (in zwei Fällen wurde nach Abschluss der - auch strafrechtlichen - Ermittlungen die Neuwahl des Bürgermeisters veranlasst).
- Zahlreiche sonstige Aufgaben wurden erfüllt (z. B. Genehmigung von Grundstücksveräußerungen, Grundschuldbestellungen, kreditähnlichen Rechtsgeschäften; Bearbeitung von Finanzhilfeanträgen, Tätigkeiten als untere Straßenaufsichtsbehörde).

Problemfelder

- Die Bemühungen um leistungsfähigere Strukturen (Neustrukturierung) der Zweckverbände bzw. Aufgabenträger im Bereich Wasserver-/Abwasserentsorgung konnten (ungeachtet erheblicher Anstrengungen) nicht erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Ursachen liegen vornehmlich darin, dass die Verantwortlichen bei den beiden Stadtwerken nach Erarbeitung des gemeinsamen technischen Konzepts keine überwiegenden Vorteile in einem Zusammenschluss für die jeweiligen Städte erkennen konnten bzw. die Aufgabenerfüllung mit Mitteln des Privatrechts nicht aufgeben wollten.



Eine Förderung der Fusion durch das Strukturhilfeprogramm des Freistaates mit Fördermitteln in Millionenhöhe hätte aber das Aufgeben dieser privatrechtlichen Formen erfordert. Auch erschwerten seinerzeit u. a. die ständigen Auseinandersetzungen beim ZAL zu unterschiedlichsten Themenbereichen sowie die unterschiedlichen Beitrags- und Gebührensysteme einen Zusammenschluss.

Vor dem Hintergrund des Selbstverwaltungsrechtes der Aufgabenträger ließ und lässt die derzeitige Rechtslage keine zwangsweisen Zusammenschlüsse zu einem Aufgabenträger zu. (Ob das vom Freistaat geplante Gesetz zur Neustrukturierung der Zweckverbände maßgebliche Änderungen bewirkt, bleibt abzuwarten. Auch über die Kreisgrenzen hinaus werden Angebote des Strukturhilfeprogramms oftmals ausgeschlagen.)

- Die dauernde Leistungsfähigkeit einer Vielzahl von Kommunen hat sich trotz sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung tendenziell verschlechtert. Diese Gemeinden sind ggf. verpflichtet, Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen, um so ihre finanzielle Leistungsfähigkeit mittelfristig zu verbessern. Folge dieser Sparmaßnahmen sind oft auch Kürzungen von freiwilligen Aufgaben und Dienstleistungen in verschiedenen Bereichen.

Ziele

- Künftige freiwillige Bemühungen der Aufgabenträger zur Schaffung verbesserter Strukturen im Bereich Wasser/Abwasser werden wir jederzeit fördern und unterstützen.
- Ungeachtet der angespannten Situation der öffentlichen Haushalte ist die kommunale Haushaltswirtschaft sachgerecht zu begleiten, damit auch künftig eine Aufgabenerfüllung abgesichert ist und eine Überschuldung verhindert wird.
- Die möglichst reibungslose und rechtssichere Umsetzung der Novellierung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes ist mit den Aufgabenträgern der Wasserver-/Abwasserentsorgung durchzuführen.

.....
Fachbereichsleiter
Landrat Sieghardt Rydzewski

.....
Fachdienstleiter
Philipp Klimmt



Fachdienst 20 Organisation / Informationstechnik

Arbeitsbericht 2000- 2005/06

- Die allgemeine Organisation umfasst alle Maßnahmen zur Entwicklung und Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebsablaufes (Verwaltungsstruktur und Regelwerk, Aufgabengliederung, Geschäftsverteilung, Stellenbewertung, Rationalisierungs- und Entwicklungskonzepte, Organisationsuntersuchungen und Aufgabenkritik).
- Im Jahr 2000 wurde erstmalig ein vollständiger Geschäftsverteilungsplan für das Landratsamt erarbeitet.
- Von Anfang 2000 bis Ende 2001 wurde ein Konzept zur Sicherstellung der Euro-Fähigkeit für die Kreisverwaltung erarbeitet und umgesetzt (Regelungen, Ordnungen, Formulare, sonstige Organisationsmaßnahmen, EDV).
- 2001 wurde ein Gebäudekonzept für die gesamte Kernverwaltung entwickelt mit dem Ergebnis der Reduzierung von 10 auf 6 Verwaltungsgebäude bei gleichzeitiger Sanierung der Gebäude Lindenaustraße 31.
- Unter Federführung des Fachdienstes erfolgte 2003 die Vorbereitung und 2004 die Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform einschließlich einer vollständigen Neufassung des Regelwerkes. Mit der Einführung des neuen Fachbereichs-/ Fachdienstmodells fiel eine Führungsebene weg.
- Von 2000 bis 2005 erfolgten 10 Organisationsuntersuchungen von Ämtern bzw. Fachdiensten. Im Ergebnis kam es z. T. zu erheblichen Stellenreduzierungen (z. B. Gesundheitsamt, Jugendamt, Wohnungsbauförderung) bzw. zur bedarfsgerechten Umverteilung der Aufgabenwahrnehmung an anderer Stelle.
- Der Bereich Informationstechnik (IT) umfasst die permanente Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der gesamten Datenverarbeitung des Landratsamtes mit einem komplett vernetzten System von ca. 25 Servern, Backup-Systemen, ca. 400 Computerarbeitsplätzen, ca. 75 EDV-Programmen, Intranetportal, Internet, Mailsystem sowie Anbindung an das Landesdatennetz (CN Thüringen).
- 2002 wurden die ersten eGovernment-Anwendungen des Landratsamtes realisiert (Online-Bauakte, Online-Reservierung Kfz-Wunschkennzeichen).
- Die 100%ige PC-Ausstattung und Vernetzung der Kernverwaltung konnte 2003 abgeschlossen werden.
- Im Januar 2003 wurde das selbst entwickelte Intranetportal für die Kernverwaltung des Landratsamtes in Betrieb genommen. Hierüber werden zentrale Informationen für die Bediensteten elektronisch zur Verfügung gestellt (z. B. Formulare, elektronisches Telefonbuch, Regelwerk, aktuelle Informationen), was erhebliche Rationalisierungseffekte zur Folge hatte.
- 2004 erfolgte die Einführung des neuen Haushaltssystems AB-DATA für die gesamte Kreisverwaltung.
- Von 2001 bis 2005 wurde gemeinsam mit dem Fachdienst 24 in interkommunaler Zusammenarbeit mit den Städten Jena, Gera und Altenburg an dem EU-Förderprojekt „Regionale Internetplattform Ostthüringen“ gearbeitet.
- Seit Anfang 2005 wird die neue Homepage des Landkreises auf Basis eines Datenbanksystems (CMS) mit dezentralen Bearbeitern entwickelt (Start: Frühjahr 2006). Die neue Webseite bildet einen der Eckpfeiler der künftigen eGovernment-Arbeit und schafft die Voraussetzungen für elektronische Leistungsangebote auf einem völlig neuen Niveau.



Problemfelder

- Der seit 2001 erfolgte Aufbau der Regionalen Internetplattform Ostthüringen hat zu einer erheblichen personellen Ressourcenbindung geführt.
- Derzeit sind noch keine Grundlagen zur Entwicklung outputorientierter Leistungen vorhanden (Produkte/Produktdefinitionen).
- Die Durchführung eigener IT-Schulungen wird durch ein fehlendes Computerkabinett im Hause erschwert. Es gibt nach wie vor qualitative Unterschiede bei den IT-Kenntnissen der Mitarbeiter.
- Die in Folge der angespannten Haushaltssituation zu geringe Bereitstellung finanzieller Mittel für die Erhaltung und Entwicklung der Hard- und Software sowie für die EDV-Qualifizierung der Mitarbeiter führt zu einem immer höheren Aufwand für das IT-Personal.

Ziele

- Hauptziel für die nächsten Jahre ist die Optimierung von Verwaltungsabläufen mit Hilfe des eGovernment. Insbesondere sollen noch weitere Synergien und Effizienzsteigerungen nach innen (Geschäftsprozesse) und nach außen (noch bessere Kundenorientierung mittels EDV) erreicht werden.
- In Verbindung mit Doppik, Kostenrechnung und Controlling müssen Leistungs- und Produktdefinitionen erarbeitet werden. Ziele hierbei sind Kostenkontrolle, Outputorientierung und die Entwicklung von Eingriffsmechanismen.
- In Folge der ständig steigenden Anforderungen gerade im IT-Bereich sind situationsbedingt Möglichkeiten zum Outsourcing zu überprüfen (Stichworte: Nutzung von Know-how, Spezialisierung, begrenzte Personalressourcen).
- Die Vernetzung von Organisations- und Personalentwicklung ist weiter zu verstärken (Stichworte: Organisationsuntersuchungen und Aufgabenkritik, Stellenbemessung, Personalentwicklung, Qualifizierungsplan usw.).
- In Zeiten knapper Kassen wird der weitere Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit auf Grundlage der Erfahrungen der Regionalen Internetplattform (Jena, Gera, Altenburg, Altenburger Land) angestrebt.

.....
Fachbereichsleiter
Ludger Boße

.....
Fachdienstleiter
Steffen Wiegner



Fachdienst 21 Personal

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Die grundsätzlichen Aufgaben des Fachdienstes Personal sind Personalplanung, Personalentwicklung, der Personaleinsatz und die Personalbetreuung.
- Im Berichtszeitraum konnte unter den Rahmenbedingungen sich verändernder Aufgabenstellungen, angespannter Finanzsituation, Tarifsteigerungen und Stellenreduzierungen der Personalbedarf insgesamt sichergestellt werden.
- Im Jahr 2000 waren lt. Stellenplan 588,3 Stellen ausgewiesen. Der Stellenplan 2005 enthält 64 Planstellen weniger als im Jahre 2000. Die Reduzierung erfolgte hauptsächlich über Altersteilzeitregelungen.
- Im Jahr 2002 erfolgte die Kommunalisierung der Aufgaben nach dem Bundes- und Landeserziehungsgeldgesetz und der Aufgaben der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung mit der Übernahme von 61 Beschäftigten.
- Im Berichtszeitraum wurden 3 Haustarifverträge vorbereitet, verhandelt und abgeschlossen.
- Mit der Einführung der neuen Verwaltungsstruktur im Jahr 2004 waren die Vorbereitung und Durchführung sowie die personelle Untersetzung nach dieser neuen Gliederung zu realisieren.
- Im Zeitraum von 2000 - 2005 erhielten 36 Personen eine Erstausbildung, 50 Beschäftigte absolvierten eine berufsbegleitende Fortbildung und 43 Führungskräfte wurden in mehrtägigen Seminaren zu Fragen der Leitungstätigkeit und Kommunikation fortgebildet.
- 2001 wurden die Mitarbeiterjahresgespräche eingeführt sowie die Kontrolle der Durchführung. Diese Maßnahme hat nicht unerheblich zur Verbesserung der Führungsarbeit im Haus beigetragen.
- Die Erarbeitung eines Grobkonzeptes für die mittelfristige Personalentwicklung und die Vorbereitung eines Feinkonzeptes waren wichtige Bestandteile der Arbeit 2004/2005.
- Ab Oktober 2005 erfolgte die Einführung des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Problemfelder

- Das permanente Hinzukommen weiterer Aufgaben für die Landkreise (z. B. Einführung des SGB II, Aufgaben, die den Landkreisen zukünftig übertragen werden sollen) erschwert langfristige Planungen.
- Die finanziellen und personellen Auswirkungen der Altersteilzeit beeinflussen mittelfristig die Personalgestaltung und die Personalkosten.
- Zur Umsetzung des TVöD fehlen noch wichtige Gestaltungselemente, die durch die Tarifparteien zu verhandeln sind, (z. B. Kriterien zur leistungsgerechten Bezahlung oder zur Eingruppierung von Planstellen).

Ziele

- Die Vernetzung von Personal- und Organisationsentwicklung ist zu optimieren (Stichworte: Organisationsuntersuchungen und Aufgabenkritik, Stellenbemessung, Personalentwicklung, Qualifizierungsplan usw.).



- Die Qualifizierungsmaßnahmen sind zu intensivieren, um bei geringerem Personalbestand den flexiblen Einsatz von Beschäftigten zur Aufgabenerfüllung zu gewährleisten.
- Leistungsprinzip und Leistungsanreize nach TVöD sollen die Motivation der Beschäftigten erhöhen. Das setzt den Ausbau des Beurteilungswesen und ab 2007 Zielvereinbarungen voraus.
- Die Einführung eines regelmäßigen Controllings im Personalbereich (Personalkosten, Personalsituation, Qualifikation) ist unabdingbar.

.....
Fachbereichsleiter
Ludger Boße

.....
Fachdienstleiterin
Marion Hertling



Fachdienst 22 Zentrale Dienste

Arbeitsbericht 2000- 2005/06

- Der Fachdienst erfüllt im Sinne eines Dienstleisters für die Kernverwaltung nachfolgende fachdienstübergreifende Aufgaben:
Beschaffung von Verbrauchsmaterialien und Beauftragung von Dienstleistungen, zentrale Post- und Kopierstelle, laufende Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude und technische Ausstattung inkl. Hausmeisterdienste, zentraler Fuhrpark, Kreisarchiv sowie die Regelung sämtlicher Versicherungsangelegenheiten.
- Im Berichtszeitraum wurden weitere Sicherheitseinrichtungen in den Gebäuden des Landratsamtes in Betrieb genommen. Beginnend ab 2003 wurden das Gebäudekonzept des Landratsamtes und ab 2004 die neue Verwaltungsstruktur umgesetzt. Neben der Raumplanung wurde hierbei eine Vielzahl von Umzügen, technischen Dienstleistungen und Neumöblierungen kompletter Fachdienste realisiert.
- Im Jahr 2005 konnten die Kosten für Postdienstleistungen durch Vergabe an einen privaten Dienstleister um ca. 20 % reduziert werden. Des Weiteren erfolgte die Überprüfung der Versicherungsleistungen. Auch hier konnten im Ergebnis erhebliche Kostenreduzierungen erzielt werden.
- Im zentralen Fuhrpark wurde ein internes Controlling aufgebaut. Dadurch optimierte sich die Fahrzeugauslastung, die Stillstände wurden minimiert und die kontinuierlich steigenden Treibstoffpreise konnten teilweise kompensiert werden.
- Bei den Hausmeistern wurde durch die Festlegung von Objektverantwortlichen die Eigenverantwortung gestärkt und somit eine bessere Aufgabenerfüllung gewährleistet.

Problemfelder

- Der Fuhrpark des Landratsamtes besteht zu gleichen Teilen aus geleasten und eigenen Kraftfahrzeugen. Der überwiegende Teil der eigenen Fahrzeuge hat ein Durchschnittsalter von 10 Jahren, so dass für die Ersatzbeschaffung entsprechende Haushaltsmittel erforderlich sind.
- Auf den Verbrauch der zentral beschafften Sachmittel durch die anderen Fachdienste bestehen nur geringe Einflussmöglichkeiten.

Ziele

- Durch Einführung der Budgetierung bei ausgewählten Sach- und Betriebskosten sollen eine bessere Verbrauchssteuerung erreicht und weitere Einsparpotentiale erschlossen werden.
- Die ressortübergreifende Zusammenarbeit ist zu verstärken, um mögliche Folgekosten (wie z. B. Wartungsverträge bei Einbau von technischen Anlagen) mindern zu können.
- Beim Kreisarchiv sind mittelfristig Möglichkeiten zur Erweiterung der Archivkapazitäten zu schaffen.

.....
Fachbereichsleiter
Ludger Boße

.....
Fachdienstleiter
Matthias Timm



Fachdienst 23 Recht

Arbeitsbericht 2000- 2005/06

- Der Fachdienst führt Rechtsstreitigkeiten des Landkreises vor den Gerichten und außergerichtliche Verhandlungen, berät die gesamte Verwaltung in Rechtsangelegenheiten und wirkt bei Satzungen, Ordnungen, Richtlinien und Verträgen mit.
- In eigener Verantwortung werden sämtliche Ordnungswidrigkeitsverfahren bis hin zur Vollstreckung bearbeitet sowie alle Aufgaben nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) erfüllt. Insgesamt wurden 3.960 Genehmigungen nach der GVO erteilt und 5.506 Bußgeldverfahren durchgeführt.
- Zur Beschleunigung der Arbeitsvorgänge und Erreichung größtmöglicher Gleichbehandlung wurde ein einheitlicher Bußgeldkatalog erstellt, der sämtliche Tatbestände erfasst, die durch das Landratsamt zu ahnden sind.
- Die Kosten für die Verfolgung und Abwehr von Rechtsstreitigkeiten bewegten sich stets im Rahmen des Haushaltsplanes.
- Durch die Zusammenlegung von Aufgaben der GVO mit der Bußgeldstelle konnte eine Personaleinsparung von 2 Stellen erreicht werden.
- 2005 erfolgte die Übernahme zusätzlicher Aufgaben (Wahlen und Versicherungsamt).

Problemfelder

- Die Anzahl der Ordnungswidrigkeitsverfahren nahm bei gleichzeitiger Verringerung der Einnahmen bedingt durch die häufige Zahlungsunfähigkeit der Betroffenen zu.
- Es entsteht ein erhöhter Arbeitsaufwand pro Fall im Ordnungswidrigkeitsbereich aufgrund mangelnder Zahlungen, da hier Vollstreckungsmaßnahmen, Stundungen oder ersatzweise Arbeitsleistungen zu veranlassen sind.
- Die genutzte Software im Bereich der Bußgeldstelle ist umständlich und zeitaufwändig; die genutzten PC sind veraltet.

Ziele

- Die Durchführung der neuen Aufgaben, insbesondere der Wahlen, soll ohne Abstriche im bisherigen Tätigkeitsfeld erfolgen.
- Die Beschleunigung der Arbeitsprozesse muss durch den Einsatz neuer Computer und verbesserter Software erreicht werden.
- Effizientere technische Möglichkeiten sollen permanent in die Arbeitsprozesse integriert werden (z. B. elektronische Signatur).

.....
Fachbereichsleiter
Ludger Boße

.....
Fachdienstleiter
Thomas Wolf



Fachdienst 24 Bürgerservice und Kultur

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Bürgerservice vermittelt als zentrale Anlaufstelle bei Anliegen zwischen Bürgern und Verwaltung und berät im Rahmen der kreislichen Zuständigkeiten.
- Die Vermittlungsaufgaben zwischen Verwaltung und Bürger (z. B. Einführung von Grundsicherung und ALG II (Arbeitslosengeld II), qualifizierte Antragsentgegennahme in den Bereichen Berufsausbildungsförderung und Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen) wurden kontinuierlich ausgebaut.
- Im Berichtszeitraum wurden in Altenburg und der Außenstelle Schmölln wöchentlich ca. 500 bis 1.000 Bürger direkt oder per Telefon beraten.
- Durch die Einrichtung persönlicher Beratungsplätze erfolgte 2001 die Neugestaltung des Bürgerservice, wodurch dessen offener und bürgernahe Charakter optimiert wurde.
- Ab 2001 wurden die Stadt Meuselwitz, die Landkreise Saalfeld-Rudolstadt, Saale-Orla-Kreis, Unstrut-Hainich-Kreis sowie die Landkreise Leipziger Land und Chemnitzer Land bei der Planung von Bürgerserviceeinrichtungen unterstützt. Ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zwischen den Einrichtungen wurde eingeführt.
- Die Mitarbeit am Projekt Regionale Internetplattform in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst 20 erfolgte durch inhaltliche Gestaltung des künftigen virtuellen Bürgerservice und Bildung eines zentralen Portals für Ostthüringen.
- In den Jahren 2002 - 2004 wurden 3 französische Studenten betreut, die in den Bereichen Marketing, Tourismus und Internet für den Landkreis wissenschaftlich tätig waren.
- In Koordination aller Veranstaltungen verschiedenster Träger im Landkreis erfolgte die Herausgabe des jährlichen Veranstaltungskalenders in gedruckter Form.
- Bereich Kultur:
Aufgabe ist die Koordination kultureller Aktivitäten im Landkreis und Schaffung eigener kultureller Angebote.
- 45 Ausstellungen im Lichthof des Landratsamtes zu Malerei, Grafik, Fotografie, Geschichte, Umwelt, Gesundheit, Politik und Völkerverständigung wurden durchgeführt.
- Die Organisation und Durchführung des jährlichen Literaturwettbewerbes mit Teilnahme von insgesamt 668 Schülerinnen und Schülern aller Altersklassen (mit Gedichten, Erzählungen und Geschichten) ermöglichte die Herausgabe eines Buches mit Schülerbeiträgen in Zusammenarbeit mit dem Theaterverein und dem Staatlichen Schulamt.
- 76 Vereine erhielten Projektförderungen zur kulturellen Betätigung im Altenburger Land.
- Die Ausweitung des Altenburger Musikfestivals auf den Landkreis wurde intensiv unterstützt.
- Dem Fachdienst oblagen die Organisation und Moderation des jährlichen Treffens der Ortschronisten und Heimatforscher sowie die inhaltliche Beratung in Zusammenarbeit mit dem Kreisarchiv.
- Das erste Chortreffen im Landkreis unter Beteiligung von 13 Chören (2001) in der Brüderkirche wurde unterstützt.
- Der Umzug der Kreisergänzungsbibliothek nach Schmölln und deren kontinuierliche Förderung bis 2004 wurden organisiert.



- Die Präsentation des Landkreises zum „Thüringentag“ unter anderem in Meiningen, Erfurt, Mühlhausen unter Beteiligung zahlreicher Heimat- und Musikvereine wurde durch den Fachdienst koordiniert.
- 2004 erfolgte die Mitherausgabe des Buches „Die Geschichte der Juden in Altenburg und Umgebung“ von Ingolf Strassmann in Verbindung mit der Geschichts- und Altertumsforschenden Gesellschaft des Osterlandes e.V., der Arbeitsgruppe jüdische Mitbürger Altenburgs e.V. und dem Verlag Beier & Beran, Langenweißbach, welches allen Schulen als Beleg- und Leseexemplar zur Verfügung gestellt wurde.
- Die Mitarbeiter des Fachdienstes betreuten 2 Besuche amerikanischer Kriegsveteranen und eine Ausstellung anlässlich des 59. Jahrestages des Kriegsendes mit Einweihung von Gedenktafeln im Landratsamt und am Flugplatz.
- Von 2000 bis zur Verwaltungsstrukturreform 2003/2004 wurde durch das damalige Amt maßgebliche Arbeit im Bereich des Landkreismarketings (umfangreiche Publikationen, Logo, Botschafterprojekt, Marketingkonzept, Flugplatzmarketing und Tourismus) geleistet.

Problemfelder

- Die Wahrnehmung der Aufgaben als Schnittstelle zwischen Antragsentgegennahme und Beratung im Bürgerservice sowie der Bearbeitung in den Fachdiensten des Hauses sind verbesserungsbedürftig.
- Personalmangel und permanente Kosteneinsparung führten 2006 zu veränderten Öffnungszeiten und einen reduziertem Service für die Bürger.
- Der künftige Handlungsspielraum für kulturelle Vorhaben unter Beachtung finanzieller und personeller Zwänge wird immer enger bzw. ist kaum noch vorhanden.

Ziele

- Die Aufrechterhaltung eines breiten Serviceangebotes für die Bürger durch stärkere Vernetzung des Bürgerservice im Landratsamt stellt die eigentliche Herausforderung dar, der sich der Fachdienst stellt.
- Eine Ausdehnung der Serviceleistungen durch Ausbau der Online-Dienste der Verwaltung im Rahmen des Projektes Regionale Internetplattform soll unser Aufgabenfeld erweitern.
- Der Ausbau der telefonischen Vermittlungsleistungen in Richtung „Call-Center“ unter Ausnutzung der Leistungsdatenbank A - Z wird unseren Service verbessern.
- Die Aufrechterhaltung kultureller Angebote (Vernissagen, Veranstaltungskalender, Vereinsförderung, Literaturwettbewerb) durch Gewinnung neuer Partner ist eine unbedingte Zielstellung.

.....
Fachbereichsleiter
Ludger Boße

.....
Fachdienstleiterin
Angela Kiesewetter-Lorenz



Fachdienst 30 Haushalt, Innerer Dienst

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Mit der Verwaltungsreform ab 2004 im Landratsamt wurde im Fachbereich Soziales und Jugend ein neuer Fachdienst gebildet mit dem Ziel, die finanziellen Mittel (2000 – 25.852 T€ / 2005 – 51.888 T€) aus dem bisherigen Jugend- und Sozialamt zu bündeln und so eine effiziente und qualitätsgerechte Mittelplanung, -verwaltung und -kontrolle zu erreichen.
- Zu den Aufgaben des Fachdienstes gehören außerdem die wirtschaftliche Jugendhilfe, die Planung und Abrechnung der Jugendförderplanprojekte, die Planung und Abrechnung sonstiger Zuschüsse, die Kindertageseinrichtungsfachplanung, die Sozialplanung, der Abschluss von Kosten- und Vergütungsvereinbarungen und die Bewirtschaftung von Darlehen nach SGB II / XII (Sozialgesetzbuch).
- Zwischen den Trägern der freien Jugendhilfe und dem Landkreis wurden Kostenvereinbarungen nach SGB VIII für die ambulanten Hilfen zur Erziehung, wie sozialpädagogische Familienhilfe, intensiv-sozialpädagogische Einzelbetreuung, Erziehungsbeistandschaften und soziale Gruppenarbeit erstellt, welche die bisherigen Zuschusszahlungen an die Träger ablösten.
- In der Jugendhilfe und Eingliederungshilfe konnten bestehende Vergütungsvereinbarungen mit den Leistungsträgern aktualisiert bzw. neu gestaltet werden und aus der damit einheitlichen Herangehensweise Synergieeffekte erreicht werden.
- Die Installation von Kontrollmechanismen über sämtliche Einnahmen und Ausgaben aus dem Bereich des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) - ab 2005 SGB XII (Kostenvolumen 2000 – 13.728 T€ / 2005 – 16.799 T€) sowie ab 2005 für die kommunalen Aufgaben des SGB II mit Ausgaben von 23.875 T€- ermöglichten unter den Einschränkungen des jeweiligen Gesetzesrahmens eine angemessene Mittelbewirtschaftung.
- Im Jahr 2004 wurde begonnen, eine Sozialplanung (Jugendhilfeplan, Sozialhilfeplan) zu erstellen. Die Bestandteile der Jugendhilfeplanung, wie Jugendförderplan, Fachplan Hilfen zur Erziehung und Fachplan Kindertageseinrichtungen liegen in unterschiedlichem Bearbeitungsstand vor. Der Sozialhilfeplan liegt vorerst in Form des Altenhilfeplans vor. Fortschreibungen der Planungen sind unerlässlich.
- Der Aufbau eines fachbereichsbezogenen Finanzcontrollings hat sich bisher bewährt.

Problemfelder

- Die Arbeitslosenquote im Landkreis wirkte sich im Jahr 2005 auf die Entwicklung der Fallzahlen und Kosten für die kommunalen Aufgaben im Rahmen des neuen SGB II besonders für die Kosten der Unterkunft und Heizung aus und erfuhr somit eine nicht planbare enorme Steigerung von 7.198 Bedarfsgemeinschaften im Januar auf 8.804 im September und verblieb bei 8.619 im Dezember mit enormen finanziellen Auswirkungen für den Landkreis. Eine Haushaltsicherung ist weiterhin sehr schwierig.
- Der steigende Leistungs- und Kostenumfang im sozialen Bereich in den letzten Jahren ist auch der Kommunalisierung der Sozialhilfe (Landesaufgabe) im Jahr 2003 zuzuschreiben. Ab dem Jahr 2004 sank die Landesbeteiligung an den Kosten. Das wirkte sich auf die Haushaltsituation des Landkreises negativ aus.



- Die allgemeine soziale Lage macht sich im Jugendbereich dahingehend bemerkbar, dass trotz Rückgangs der Bevölkerungszahlen in dieser Altersklasse der Aufwand zur Betreuung der Jugendlichen durch die Träger der Jugendhilfe ansteigt.
- Die Jugendhilfeplanung erfolgte in den letzten 2 Jahren zunehmend unter öffentlichem Druck vor dem Hintergrund sinkender Zuschussmöglichkeiten an Träger der freien Jugendhilfe, aber Verstärkung der sozialen Brennpunkte. Durch rückläufige Zuwendungen des Landes Thüringen für die Jugendförderung und die angespannte Haushaltssituation des Landkreises wird eine Projektarbeit immer weniger realisierbar.

Ziele

- Seitens des Landkreises muss es gelingen, mehr Einfluss auf die Mittelbewirtschaftung der ARGE (Arbeitsgemeinschaft) zu gewinnen. Die verstärkte Eingliederung der ALG-II-Empfänger in Arbeit, vorrangig in den 1. Arbeitsmarkt aber auch in den 2. Arbeitsmarkt, muss die Kosten der Unterkunft u. a. für den Landkreis senken. Strukturelle Entscheidungen sollen spätestens im 2. Halbjahr 2006 erfolgen.
- Es ist dringend erforderlich, die Missbrauchsbekämpfung im gesamten Sozial- und Jugendbereich auszubauen; auch dadurch können die Kosten für den Landkreis sinken.
- Mittelfristig sollen im Rahmen der Sozialplanung der Plan der Einrichtungen ambulanter und stationärer Hilfen sowie ein Sozialatlas für den Landkreis erstellt werden.
- Kurzfristig wird der Teilfachplan Hilfen zur Erziehung erstellt und fortgeschrieben.
- Der Jugendförderplan ist in Umsetzung der neuen Landesrichtlinie „Örtliche Jugendförderung“ anzupassen und insbesondere die Schuljugendarbeit und -sozialarbeit sind einzubeziehen.
- Der Ausbau des Controllings im gesamten Fachbereich Soziales und Jugend im Rahmen der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung soll sich in den Folgejahren nicht nur auf das Budgetcontrolling, sondern auch auf ein fachdienstübergreifendes Qualitätscontrolling beziehen.

.....
Fachbereichsleiterin
hauptamtliche Beigeordnete
Christine Gräfe

.....
Fachdienstleiterin
Andrea Hennig



Fachdienst 31 Vormundschaften, Betreuungen

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Die Vormundschaft ist ein Ersatz für die elterliche Sorge. Gemäß § 55 Abs. 2 Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) wird das Jugendamt in den vom Bürgerlichen Gesetzbuch vorgesehenen Fällen Vormund oder Pfleger. Dem Vormund obliegt das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Kindes zu sorgen. Die Beistandschaft ist ein Hilfsangebot der staatlichen Fürsorge, die auf schriftlichen Antrag und in dem Umfang, in dem diese beantragt wird (Vaterschaftsanerkennung und/oder Feststellung der Unterhaltsverpflichtung), umzusetzen ist. Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) haben Alleinerziehende, die vom barunterhaltspflichtigen Elternteil nicht den Unterhalt in Höhe des Regelbetrages für ihre Kinder erhalten. Die Leistungen werden maximal 72 Monate innerhalb der ersten 12 Lebensjahre des Kindes erbracht. Die Übernahme der Gebühren für den Besuch einer Kindertagesstätte erfolgt auf der Grundlage des § 90 SGB VIII. Im Berichtszeitraum stieg die Anzahl der Übernahmen der Gebühr von 439 im Jahre 2000 auf 719 im Jahre 2005. Das sind 24 % aller Kinder in unserem Landkreis Altenburger Land mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Dafür wurden die folgenden Finanzmittel eingesetzt:

2000	2001	2002	2003	2004	2005
279.431 €	399.511 €	493.415 €	542.119 €	583.063 €	667.900 €

- Die Fallzahlen für die Zahlung von laufenden Unterhaltsvorschussleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz sowie die dafür aufgewendeten Finanzmittel entwickelten sich wie folgt:

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
lfd. Fälle	1020	990	864	768	742	725
Ausgaben	995.724 €	910.467 €	828.784 €	817.978 €	810.385 €	830.827 €

- Die Einnahmequote nach § 7 UVG ist rückläufig, da Unterhaltsverpflichtete oftmals nicht leistungsfähig sind, so dass Unterhaltsvorschuss als Ausfallleistung gewährt werden muss.

2000	2001	2002	2003	2004	2005
169.678 €	162.583 €	161.031 €	139.694 €	115.817 €	54.692 €

- Das Angebot, den Fachdienst mit der Feststellung der Vaterschaft und/oder der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen minderjähriger Kinder zu beauftragen, wird zunehmend wahrgenommen. Die Fallzahlen der Beistandschaften haben sich in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt, von 106 Fällen im Jahr 2000 auf 215 im Jahr 2005; dies ist eine Steigerung auf 203 %.



Problemfelder

- Ausdruck der sozialen Situation im Landkreis Altenburger Land sind ein Anstieg der Kosten der Übernahme von Elternbeiträgen für Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sowie die erschwerte Durchsetzung von Rückforderungsansprüchen bei der Gewährung von Unterhaltsvorschussleistungen gegenüber Unterhaltsverpflichteten.

Ziele

- Es gilt, alle Möglichkeiten zur Optimierung der Kontrollmechanismen zum Eindämmen von eventuellem Missbrauch zu nutzen.
- Eine Erhöhung der Einnahmequote nach § 7 UVG von bisher 7,05% auf 12,0 % wird angestrebt.
- Die Aufstellung von Qualitätskriterien für die Sachbearbeitung mit dem Ziel der Verkürzung der Bearbeitungszeiten auf 20 Arbeitstage bei Vorlage aller zur Bearbeitung erforderlichen Unterlagen und gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Arbeit muss mittelfristig erfolgen.

.....
Fachbereichsleiterin
hauptamtliche Beigeordnete
Christine Gräfe

.....
Fachdienstleiterin
Rosmarie Matuszewski



Fachdienst 32 Soziale Leistungen

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für Behinderte (EGH) sind die wesentlichen Aufgaben des Landkreises als örtlicher Träger der Sozialhilfe, wobei bis zum 31.12.2004 der Schwerpunkt im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt und in der Vermittlung von Jugendlichen in Ausbildung und Beschäftigung sowie in der erfolgreichen Weiterführung von Projekten im Rahmen von „Arbeit statt Sozialhilfe“ lag.
- Der begonnene soziale Reformprozess hat mit der Einführung des Gesetzes über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit und des Sozialgesetzbuches XII sowie durch die Kommunalisierung der Aufgaben des Landes zu gravierenden Veränderungen in diesem Bereich geführt. Schwerpunkte bilden jetzt sowohl aus zahlenmäßiger als auch aus finanzieller Sicht die Eingliederungshilfe für Behinderte, die Grundsicherung sowie die Hilfe zur Pflege.
- Wurden im Jahr 2000 im Bereich der Eingliederungshilfe 311 Fälle mit Ausgaben in Höhe von rd. 3.500 T€ € bearbeitet, so sind dies 2005 durchschnittlich 746 Fälle mit rd. 11.200 T€
- Im Bereich der Hilfe zur Pflege stieg die Fallzahl von 183 im Jahr 2000 mit rd. 1.100 T€ auf 300 Fälle im Jahr 2005 mit rd. 3.000 T€ Ausgaben an.
- Ähnlich ist die Entwicklung im Bereich der Grundsicherung. Hier lagen die Fallzahlen im Jahr 2003 bei 231 mit einem Ausgabevolumen von rd. 718 T€ Im Jahr 2005 waren durchschnittlich 437 Fälle mit Ausgaben in Höhe von rd. 1.700 T€ zu verzeichnen.
- Anders stellt sich die Situation bei der Hilfe zum Lebensunterhalt dar. Durch die Einführung des Arbeitslosengeldes II sanken die Fallzahlen von 1444 im Jahr 2000 und Ausgaben in Höhe von rd. 8.600 T€ auf 62 Fälle und Ausgaben von rd. 830 T€ im Jahr 2005.

Problemfelder

- Die jeweils hohe Quote von alten und behinderten Menschen im Landkreis führt zu steigenden Fallzahlen und einem damit verbundenen enormen Kostenwachstum im Bereich der Eingliederungshilfe und bei der Hilfe zur Pflege. Ein finanzieller Spielraum besteht kaum, da Rechtsansprüche zu bedienen sind.
- Es sind keine ausreichenden Hilfsangebote im ambulanten Bereich der Eingliederungs- und Suchthilfe sowie Kapazitätsprobleme bei den Angeboten für schwerstmehrfachbehinderte jüngere Menschen vorhanden.
- Eine große Anzahl von Personen mit geringer Altersrente und dauerhaft erwerbsunfähigen Menschen führten zu weiteren finanziellen Belastungen im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Ziele

- Die Schaffung eines breiten bedarfsorientierten Spektrums an ambulanten Angeboten für psychisch kranke, seelisch behinderte sowie für suchtkranke Menschen (z. B. Tagesstätte für Suchtkranke und weitere ambulant betreute Wohnformen) ist anzugehen.
Im Ergebnis dessen muss eine Kosteneindämmung bis hin zur Kostenreduzierung im stationären Bereich erreicht werden.



- Eine weitere Vervollkommnung der Angebote im Bereich der geistig und schwerstmehrfach Behinderten mit dem Ziel der Schaffung von Angeboten für jüngere Menschen (z. B. Tagesstätte und Wohnheim) wird angestrebt.
- Die individuelle Hilfeplanung zur Versorgung der Behinderten mit bedarfsorientierten Angeboten ist bis 2008 unter Berücksichtigung der Qualität und Wirtschaftlichkeit in allen Bereichen der Eingliederungshilfe umzusetzen.
- Durch die weitere Optimierung der Verwaltungsprozesse sollen die Bearbeitungszeiten in den Bereichen verkürzt werden. In den Bereichen Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung besteht das Ziel, vollständig vorliegende Anträge innerhalb von 10 Arbeitstagen abschließend zu bearbeiten.

.....
Fachbereichsleiterin
hauptamtliche Beigeordnete
Christine Gräfe

.....
Fachdienstleiterin
Steffi Weichert



Fachdienst 33 Soziale Dienste, Asylbewerber

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Zu den Aufgaben des Fachdienstes gehören der allgemeine soziale Dienst (ASD), die Spätaussiedler- und Asylbetreuung sowie der Jugendschutz und die Jugendarbeit.
- Der ASD gliedert sich in die Aufgabenfelder Sozialer Dienst, Adoption und Kinderpflégewesen, Jugendgerichtshilfe und Erziehungsberatungsstelle. Das heißt: Beratung in Erziehungsfragen, bei strittigen Trennungen und Scheidungen sowie von Antragstellern auf Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 SGB VIII, Beratung, Begleitung und Schulung von Pflegeeltern, Beratung von Jugendlichen und deren Eltern nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG), Mitwirkung in Familien- und Jugendgerichtsverfahren. Das Nachgehen von Anzeigen auf Kindeswohlgefährdung, Gewährung von Eingliederungshilfen und Hilfen zur Erziehung wie Erziehungsberatung, Erziehungsbeistände, soziale Gruppenarbeit, sozialpädagogische Familienhilfe, Tagesgruppen, Unterbringung in Pflegefamilien und Jugendhilfeeinrichtungen, Überwachung von Betreuungsweisungen und die Ableistung von Arbeitsstunden nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) gehören ebenfalls zu den Aufgaben des Fachdienstes.
- Im ASD konzentrierte sich die Arbeit in den letzten Jahren gemeinsam mit allen an der Erziehung und Entwicklung der Kinder und Jugendlichen Beteiligten auf die Sicherung der Erziehung in der Familie. Zusätzlich bestehen für Hilfen zur Erziehung im Landkreis folgende Einrichtungen: Kinderheim Sonnenland 24 Heimplätze, Kinderheim Innova 45 Plätze inkl. ein Mutter-Kind-Platz, Tagesgruppen 24 Plätze, 79 Kinder werden in 55 Pflegefamilien betreut. Eine Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb des Landkreises erfolgt nur, wenn ein Wechsel aus dem sozialen Umfeld erforderlich ist oder der medizinische bzw. erzieherische Bedarf hier nicht abgedeckt werden kann.
- Neben der Leistungsgewährung für Spätaussiedler und Asylbewerber sind deren Unterbringung und soziale Betreuung zu sichern.
- Im Bereich Asyl und Aussiedler ist die Zahl der Zuwanderungen sowohl bei Spätaussiedlern als auch bei Asylbewerbern rückläufig. Im Jahr 2000 wurden durch den Landkreis drei Spätaussiedlerheime mit einer Gesamtkapazität von 240 Plätzen und eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber mit 330 Plätzen sowie 45 Personen in Mietwohnungen betreut.
- Gegenwärtig bestehen ein Spätaussiedlerheim mit einer Kapazität von 60 Plätzen und eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber mit einer Kapazität von 300 Plätzen. Weitere 70 Personen leben in Mietwohnungen.
- Der Jugendschutz beinhaltet die Beratung und Kontrolle der Einhaltung des Jugendschutzgesetzes sowie den erzieherischen Jugendschutz in den Schulen. Die Jugendarbeit umfasst die fachliche Beratung und Koordinierung außerschulischer Jugendbildung innerhalb und außerhalb von Schulen und die fachliche Beratung von Hilfe- und Kooperationssystemen.

Problemfelder

- Die Probleme in den Familien werden immer komplexer, so dass die Herausnahme von Kindern und Jugendlichen aus dem familiären Umfeld oft unerlässlich ist. Bei diesen Fällen handelt es sich vorwiegend um sozial benachteiligte Familien, wobei die Probleme der Überschuldungen und damit drohender Wohnungsverlust, Probleme in



Erziehungsfragen, Drogenprobleme, Schulprobleme, Vereinsamung, soziale Ausgrenzung und die Straffälligkeit von Jugendlichen ständig ansteigen.

- Die zunehmende Zahl der Personen, die sich mit den Gedanken trägt, ihre Kinder zur Adoption freizugeben, wird mit deren sozialen Lage und anstehenden Erziehungsproblemen begründet.
- Den tatsächlichen Integrationsbemühungen von Spätaussiedlern sind Grenzen insbesondere durch die bestehenden Sprachprobleme gesetzt.
- Im Bereich der Asylbewerber ist die Organisation des Zusammenlebens der unterschiedlichen Nationen eine ständig neue Herausforderung.
- Die Mitarbeiterbesetzung im Bereich Jugendschutz und Jugendarbeit war im Jahr 2005 nicht ausreichend.

Ziele

- Die ambulanten Beratungs- und Betreuungsangebote sind zu intensivieren.
- Es gilt, die Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, der ARGE (Arbeitsgemeinschaft) und insbesondere mit den Schulen zu verbessern.
- Eine breite Öffentlichkeitsarbeit, damit Beratungsangebote frühzeitig in Anspruch genommen werden und die Verantwortung aller für unsere Kinder und Jugendlichen verdeutlicht wird, muss im Zusammenwirken mit dem Fachdienst 12 erreicht werden.
- Die fachkompetente Betreuung im Pflegekinderwesen zur Vermeidung von Heimunterbringungen wird permanent ausgebaut.
- Im Bereich der Spätaussiedler sind die Integrationsbemühungen u. a. durch zusätzliche und gezielte soziale Betreuung innerhalb und außerhalb der Einrichtungen wie z.B. Hilfestellung bei Behördengängen, bei der Vertiefung von Deutschkenntnissen, bei der Arbeitssuche, bei Sportvereinen und Verbänden usw. und durch eine Verbesserung der Netzwerkkoordination mit allen Beteiligten im Landkreis zu intensivieren.
- Im Bereich Asyl sind die bisherigen zusätzlichen Angebote wie die Kindergarten- und Hortnutzung für die Asylbewerber im Rahmen der sozialen Betreuung beizubehalten und die sportlichen und kulturellen Angebote weiter auszubauen.
- Durch vermehrte Kontrollen und Projektarbeit an Schulen ist eine Verbesserung des gesetzlichen und erzieherischen Jugendschutzes zu gewährleisten.
- Die neue Förderrichtlinie des Landes Thüringen für Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und schulbezogene Jugendsozialarbeit ist umzusetzen.
- Die Angebote und Projekte der Jugendhilfe im Landkreis sind sozialraumbezogen darzustellen und zu vernetzen.

.....
Fachbereichsleiterin
hauptamtliche Beigeordnete
Christine Gräfe

.....
Fachdienstleiterin
Marion Fischer



Fachdienst 34 Wirtschaftliche Hilfen

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Mit den vom Bund und Land übertragenen Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz leistet der Fachdienst einen Beitrag zur finanziellen Absicherung des Wohnens für einkommensschwache Haushalte und trägt nach dem Bundes- und Landeserziehungsgeldgesetz zur finanziellen Unterstützung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Erziehung von Kindern bei.
- Die Bürger werden umfangreich zum individuellen Antrag beraten und erhalten Unterstützung bei der Antragstellung.
- Im gesamten Zeitraum wurden durchschnittlich 5890 Wohngeldanträge pro Jahr bearbeitet.
- Mit der Übertragung der Bearbeitung des Bundes- und Landeserziehungsgeldes auf die kommunale Ebene entstand für den Landkreis im Jahr 2002 ein neues Aufgabenfeld. In den Jahren 2002 - 2005 wurden jährlich durchschnittlich 1759 Anträge auf Bundes- und Landeserziehungsgeld bearbeitet.
- Im Jahr 2005 hat sich die Zahl der Wohngeldanträge durch die Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) gegenüber den Vorjahren halbiert. Das resultiert daraus, dass die Empfänger von Leistungen nach diesem Gesetz vom Wohngeldbezug ausgeschlossen sind.

Problemfelder

- Mit dem Inkrafttreten von Hartz IV gestaltete sich die Bearbeitung der Wohngeldanträge in 2005 wesentlich aufwändiger. Wohngeldanträge, zu deren Bearbeitung die Bescheide über die Bewilligung von ALG-II-Leistungen erforderlich sind, können nicht immer zeitnah bearbeitet werden, da dies vom Arbeitsablauf innerhalb der ARGE abhängig ist. Abstimmungen und Recherchen dazu sind sehr umfangreich, wobei es sich als ungünstig erweist, dass die Bearbeitung des Antrages eines Hilfeempfängers von mehreren Mitarbeitern in der ARGE erfolgt.
- In Folge eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes wird auf Grundlage des Neunten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 07.07.2005 eine rückwirkende Kontrolle und Neubearbeitung der Anträge auf Wohngeld von Heimbewohnern für die Jahre 2001 bis 2004 durchgeführt.

Ziele

- Die Bearbeitungszeiten von Wohngeldanträgen sind ab Vollständigkeit auf ca. 4 Wochen als Beitrag zur finanziellen Absicherung des Wohnens für die betroffenen Bürger (in Abhängigkeit der Rechenläufe im Thüringer Landesrechenzentrum) zu verkürzen.
- Die Anträge auf Bundes- und Landeserziehungsgeld sind ab Vollständigkeit innerhalb von 4 Wochen zu bearbeiten.



- Bis zum 30.06.2006 sind die Übergangsregelungen des Landeserziehungsgeldgesetzes umzusetzen und der damit verbundene erhöhte Beratungsbedarf der Erziehungsberechtigten abzuschließen.

.....
Fachbereichsleiterin
hauptamtliche Beigeordnete
Christine Gräfe

.....
Fachdienstleiterin
Gabriele Opelt



Fachdienst 40 Schulverwaltung

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Schulträger hat ein bedarfsgerechtes Schulangebot und die erforderlichen Schulanlagen zum ordnungsgemäßen Schulbetrieb sowie das Verwaltungs- und Hilfspersonal (Schulsekretärin, Hausmeister) bereitzustellen.
- Zu den sächlichen Aufgaben gehören die Ausstattung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der Schulanlagen und Sportstätten, Schulhorte, Schulbibliotheken, Schülerspeisung sowie Schülerbeförderung.
- Die Umsetzung der Sportstättenrahmenleitplanung und die Vergabe von Schul- und Sportanlagen außerhalb des Schulportes für die Vereinstätigkeit werden durch den Fachdienst organisiert.
- Jährlich wurden durch die Mitarbeiter mehrere hundert Anträge zur Ausbildungs- und Wohnungsbauförderung bearbeitet und beschieden.
- Im Berichtszeitraum wurden gemäß Schulentwicklungsplan für allgemein bildende Schulen 2001-2006 2 Grundschulen, 3 Regelschulen und 1 Gymnasium aufgehoben. Derzeit werden durch den Landkreis 14 Grund- und 9 Regelschulen sowie 4 Gymnasien, 4 Förderzentren und 2 berufsbildende Schulen betrieben.
- Ergänzend dazu werden ein Jugendwohnheim zur Unterbringung der auswärtigen Auszubildenden sowie ein Medienzentrum (Medienbereitstellung, Betreuung der Schulen) vorgehalten.
- Die Schulnetzplanung für allgemein bildende Schulen für die Jahre 2006 - 2011 wurde erarbeitet und mit den Gemeinden, den Schulen und dem zuständigen Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beraten und diskutiert.
- Das Projekt „Energie-Sparen“ an Schulen des Landkreises wird seit 2002 zur Senkung der Betriebskosten und als Beitrag zum Umweltschutz erfolgreich umgesetzt.
- Zur langfristigen Sicherung des Berufsschulstandortes Altenburg wurde im Jahr 2005 erstmalig ein Schulnetzplan für staatliche berufsbildende Schulen des Landkreises (duale Ausbildung) aufgestellt und durch den Kreistag bestätigt.
- Zur Modernisierung und Vervollkommnung der Ausstattung der J.-Fr.-Pierer-Schule, Berufliches Schulzentrum für Gewerbe und Technik, wurden Investitionen von ca. 10,5 Mio. € getätigt.
- Die Konzentration der Berufsbildenden Schule für Wirtschaft und Soziales von 3 auf 2 Standorte (Investition 860 T€ für Sanierung Gebäude Platanenstr. 3) wurde umgesetzt.

Problemfelder

- Die Sicherung der Standards der Schulanlagen, Sportstätten, Horte und deren Bewirtschaftung bei zurückgehenden Schülerzahlen und sinkender Finanzkraft des Schulträgers (Sanierungsstau) wird immer schwieriger.
- Die jährlich zunehmenden Kürzungen der Zuweisungen und Zuschüsse durch den Freistaat Thüringen (Investitionspauschale für Schulgebäude und Schulsporthallen, Computertechnik, Schülerspeisung, Schülerbeförderung, Schuljugendarbeit, Schullastenausgleich) erfordern Einschnitte in der Bereitstellung der Mittel für die Schulen.
- Infolge zurückgehender Schülerzahlen müssen mittel- und langfristig ehemals große Schulen mit geringeren Schülerzahlen vorgehalten und unterhalten werden.



Ziele

- Im Landkreis ist ein flächendeckendes Schulangebot unter Maßgabe der Standortsicherung vorzuhalten.
- Die Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt Schmöln, den Schulleitungen und anderen Stellen und Gremien ist auszubauen und zu profilieren.
- Die Eigenverantwortung der Schulen soll erhöht werden (Budgetierung). Die Vorhaben des Kultusministeriums werden in dieser Richtung unterstützt.
- Die langfristige Sicherung der Berufsschulstandorte und deren Profilierung und Spezialisierung im Rahmen der Planung des Freistaates Thüringen wird eingefordert.
- Die Berufsbildende Schule für Wirtschaft und Soziales nur am Standort Altenburg, Platanenstr. 3/3a soll bis zum Schuljahresbeginn 2007/08 Realität werden.
- Die Schulbedingungen sollen den Rahmen schaffen für die Entwicklung von Wettbewerb zwischen den Schulen sowie eine gezielte Qualitätssteigerung und -sicherung ermöglichen.
- Der Sanierungsstau an der Bausubstanz der Schulen ist schrittweise abzubauen. Dabei ist der Raumbedarf der Schüler- und Klassenprognose anzupassen.
- Der Personaleinsatz an Schulen ist zu optimieren. Dazu sind neue Modelle u. a. in der Hausmeisterbetreuung zu erproben.
- Die Ganztagsangebote sollen erhalten und ausgebaut werden. Die schulbezogene Jugendarbeit und die Arbeit von Sport- und anderen Vereinen werden weiter unterstützt und gefördert.
- Eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten der Anträge auf Ausbildungsförderung (BAföG) soll durch intensivere Beratung schon bei der Antragstellung erreicht werden.

.....
Fachbereichsleiter
Bernd Wenzlau

.....
Fachdienstleiter
Wolfgang Kopplin



Fachdienst 41 Straßenbau und Straßenverwaltung

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Fachdienst verwaltet ca. 210 km Kreisstraßen, das sind etwa 1.000.000 m² an Straßenflächen sowie die anliegenden Straßennebenflächen (Gräben, Bankette, Pflanzstreifen usw.).
- Jährlich im Frühjahr wird eine Straßenzustandsanalyse erstellt. Diese bildet die Grundlage für die Anfertigung einer Prioritätenliste für Baumaßnahmen.
- Die Baumaßnahmen werden mit Unterstützung von Planungsbüros vorbereitet, die Förder- und Haushaltsmittel beantragt und nach Bereitstellung abgearbeitet.
- Im Berichtszeitraum wurden 28 km Kreisstraßen und 8 Brücken saniert bzw. neu gebaut, z. B. die K 501n Thonhausen - L 1361n, die K 225 Ortslage Haselbach, die K 503 Nöbdenitz - Posterstein (mehrere Bauabschnitte), die K 506 Schmölln – Weißbach (mehrere Bauabschnitte) sowie die K 516 Sprottenbrücke Großstöbnitz und die K 601 Mühlgrabenbrücke Saara.
- Mit der Zielstellung, bei künftigen Baumaßnahmen im Bereich der Landschaftspflege Zeit und Kosten einzusparen, hat der Landkreis als erster in Thüringen ein Öko-Konto eingerichtet. Für die stets erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden dazu an den Standorten Windischleuba (ehemalige Kiesgrube 1,5 ha) und Großstechau (rekultiviertes Wismutgelände 10 ha) entsprechende Flächen gestaltet.

Problemfelder

- Für Straßenbaumaßnahmen ist ein permanenter Rückgang der Eigenmittel sowie der Fördermittel des Bundes und des Landes Thüringen aus haushalterischen Gründen zu verzeichnen.
- Es ist festzustellen, dass keine ausreichenden Haushaltsmittel für die vorgeschriebenen Brückenprüfungen vorhanden sind.
- Die Aufwendungen für die Unterhaltung des Kreisstraßennetzes steigen auf Grund des Zustandes der noch vorhandenen nicht ausgebauten Straßen und des höheren Ausstattungsgrades sowie der größeren Breiten bei neu ausgebauten Straßenabschnitten.

Ziele

- Unser Ziel ist die Überarbeitung und Neugestaltung des bestehenden Kreisstraßennetzes entsprechend den aktuellen Gesetzen und Richtlinien sowie der veränderten Verkehrsströme durch den Neubau von Straßen.
- Fortzuführen ist der kontinuierliche Ausbau der Kreisstraßen einschließlich der Brücken zur Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur. Die durchschnittliche Zustandsnote des Kreisstraßennetzes soll von gegenwärtig 2,9 auf 2,5 verbessert werden (auf Basis einer 5-Punkte-Skala).
- Der erforderliche Grunderwerb für Kreisstraßen muss zukünftig zeitnah erfolgen.

.....
Fachbereichsleiter
Bernd Wenzlau

.....
Fachdienstleiter
Martin Pilorz



Fachdienst 42 Hochbau und Liegenschaften

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Zu den Aufgaben des Fachdienstes 42 gehören Neubau, Sanierung und Unterhaltung von Schulgebäuden in Umsetzung der Schulnetzplanung sowie Sanierungen der Verwaltungs-, Kultur- und sonstigen Objekte unter Beachtung der baurechtlichen Vorschriften.
- In den Jahren 2000 – 2005 wurden investive Maßnahmen in Höhe von 22.322 T€ an Schulen, 4.721 T€ an Verwaltungs- und sonstigen Objekten sowie 824 T€ an den Museen des Landkreises geplant und umgesetzt.
- Für Baumaßnahmen erfolgten die Prüfung der Zuwendungsmöglichkeiten und die entsprechende Beantragung von Fördermitteln, die Realisierung und die Erarbeitung von Verwendungsnachweisen.
- Am Gebäude- und Energiemanagement für die Immobilien des Landkreises (Schulen, Verwaltungsgebäude, kulturelle Einrichtungen und sonstige Objekte) wurde intensiv und erfolgreich gearbeitet.
- 8 Gebäude und Liegenschaften, die nicht mehr für die Erfüllung kreislicher Aufgaben dienten, wurden veräußert.
- Im Jahr 2005 erarbeitete der Fachdienst ein Entwicklungskonzept für die im Besitz des Landkreises befindlichen Objekte.
- Es wurden fachtechnische Zuarbeiten zur verstärkten Öffentlichkeitsarbeit des Landratsamtes erstellt.
- Die Aufteilung der Raumheizungsanlagen in mehrere Heizkreise sowie der gezielte Einbau neuer Fenster führten zu Einsparungen in der energetischen Bewirtschaftung. Auch bei der Wahl der eingesetzten Materialien wurde besonders auf Qualität, Langlebigkeit und Minimierung der Folgekosten geachtet.
- Die verstärkt gestellten Anträge auf Einsetzung gesetzlicher Vertreter wurden geprüft, genehmigt und deren Tätigkeit überwacht.
- Über 200 Kaufverträge zum Erwerb von Grundstücken für Kreisstraßen wurden abgeschlossen. Flächen für Biotop und das Ökokonto wurden erworben.
- Durch erfolgreiche Widersprüche sind Forderungen für Erschließungsbeiträge von Wasser und Abwasser in Höhe von 1.100 T€ abgewehrt worden.
- Aufgrund intensiver Bemühungen und Recherchen konnten Rückübertragungs- und Entschädigungsansprüche abgewehrt werden (z. B. Poliklinik Altenburg).

Problemfelder

- Die Reduzierung von Landeszuweisungen und fehlende Eigenmittel des Landkreises führen dazu, dass die Realisierung der erforderlichen Baumaßnahmen zur Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. im vorbeugenden Brandschutz die unabdingbaren Erneuerungen von Elektroinstallationen, Heizungsanlagen und Raumheizungen sowie sonstige Sanierungen an kreiseigenen Objekten, zeitlich immer wieder verschoben werden müssen.
- Der Verkauf bzw. die Vermietung der ungenutzten Immobilien ist aufgrund der Marktsituation sehr schwierig. Dadurch entsteht auch weiterhin ein sehr hoher Bewirtschaftungs- und Unterhaltungsaufwand.
- Die zunehmend erforderliche Beitreibung privatrechtlicher Forderungen stellt einen erhöhten Verwaltungsaufwand dar.



Ziele

- Die Aktivitäten zur Vermarktung ungenutzter Immobilien werden verstärkt.
- Mit den betroffenen Gemeinden wird intensiv über den Übergang der vier noch nicht übertragenen Schulgrundstücke in Kreiseigentum verhandelt.
- Die Sanierungen an Schulen, Verwaltungsgebäuden, kulturellen Einrichtungen und sonstigen Gebäuden werden fortgeführt.
- Zur Realisierung von erforderlichen Neubauten (z. B. Sporthallen) und von substanzerhaltenen Sanierungsmaßnahmen an kreiseigenen Objekten werden alternative Finanzierungs- und Betreuungsmöglichkeiten (z. B. öffentlich – private Partnerschaften) geprüft.
- Die Umsetzung und ständige Aktualisierung des Entwicklungskonzeptes für die im Besitz des Landkreises befindlichen Objekte hat kontinuierlich zu erfolgen.

.....
Fachbereichsleiter
Bernd Wenzlau

.....
Fachdienstleiterin
Janett Maas



Fachdienst 43 Gesundheit

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Fachdienst Gesundheit hat seinen Auftrag in der zuverlässigen Wahrnehmung der öffentlich-rechtlichen Aufgaben der Gesundheitsvorsorge, des Gesundheitsschutzes, der Gesundheitshilfe, der Kinder- und Jugendgesundheitspflege sowie als Betreuungsbehörde (seit 2004) auf kommunaler Ebene jederzeit erfüllt.
- Es erfolgte eine intensive Mitarbeit an der Erarbeitung einer Organisationsuntersuchung im Gesundheitsamt und an der Umsetzung der Ergebnisse derselben in den Jahren 2000 bis 2002. Dabei wurde die Konzentration auf die wichtigsten Aufgaben und die Reduktion der Stellen von 31,25 auf 24,23 sowie der Umzug des Gesundheitsamtes in das grundsanierte Gebäude, Lindenaustraße 31, Hintergebäude, erreicht.
- Auch über die Kreisgrenzen hinaus wirkte der Fachdienst Gesundheit durch Organisation und Durchführung überregionaler Fortbildungsveranstaltungen, unter anderem die der Amtsärzte Sachsens und Thüringens vom 07. bis 09.09. 2000 in Altenburg sowie Veranstaltungen im Rahmen der Thüringer Gesundheitswochen (2000 - 2005).
- Die Umsetzung des Seuchenrechtsneuordnungsgesetzes mit dem Infektionsschutzgesetz seit 2001 und die Umsetzung der Verordnung zur Novellierung der Trinkwasserverordnung seit 2003 erfolgten mit hohem Engagement.
- Erfolgreich wurden die Erarbeitung und die Vorbereitung der Beschlussfassung der Satzung des Psychiatriebeirates durch den Kreistag durchgeführt. Der Fachdienst nimmt satzungsgemäß in der Person des Psychiatriekoordinators die Geschäftsführung des Psychiatriebeirates wahr.
- Die Analyse und fachliche Aufarbeitung der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen der Jahre 1992 bis 2001, wurde vom Fachdienst Gesundheit erstellt und bei der Regionalkonferenz des Schulamtsbereiches Schmölln ausgewertet.
- Im Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 wurde gemeinsam mit dem Amt für Kultur, Tourismus und Bürgerservice und Behinderten eine Kreiskarte mit Hinweisen auf die Zugänglichkeit für diese Menschen erstellt, die am 02.09.2003 zum Selbsthilfetag übergeben wurde.
- Großen Aufwand forderte und hohe Beachtung fand die Durchführung einer Schülerbefragung an allen Regelschulen, Gymnasien, Berufsschulen und Förderzentren des Landkreises zum Rauchverhalten, an der sich 6.415 Schüler (= 65,2 % der befragten Schüler) beteiligt haben.
- Die Ergebnisse standen im Mittelpunkt der Gesundheitskonferenz „Rauchzeichen“ am 10.03.2005, die in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt Schmölln, dem Fachdienst Schulverwaltung und dem Fachdienst Organisation durchgeführt wurde. Bundesweites Interesse fanden die Schülerbefragung und die Vorstellung dieser Ergebnisse beim 55. Bundeskongress der Ärzte und Zahnärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst im April 2005 in Bamberg.
- Der Fachdienst beteiligt sich an den Projekten der Aktion psychisch Kranker zu den Themen „Implementation des personenzentrierten Ansatzes zur Betreuung psychisch Kranker“ und „Teilhabe psychisch Kranker am Arbeitsleben“ als Modellprojekt in Thüringen.
- Hohe Priorität in allen Arbeitsbereichen des Fachdienstes Gesundheit genießt die Präventionsarbeit in verschiedenen Lebenswelten (wie Kindertagesstätten, Schule, Arbeit, Sport, Freizeit).



Problemfelder

- Die gesamtgesellschaftliche Situation führt auch im Landkreis Altenburger Land zur Zunahme der Anzahl von frühförderbedürftigen Kindern.
- Geeignete Wohnungen und Arbeitsgelegenheiten für psychisch kranke Menschen und insbesondere auch Suchtkranke und Suchtgefährdete stehen noch nicht ausreichend zur Verfügung. Die Unterbringung deprivierter Suchtkranker ist ein großes sozialpsychiatrisches Problem.
- Die Einrichtung eines Suchthilfezentrums ist ein wichtiges Thema und eine große sozialpsychiatrische Aufgabe für die Gesundheitsverwaltung des Landkreises, dem sich der Psychiatriebeirat auch zugewandt hat.

Ziele

- Die Erhaltung, Stabilisierung und personelle Sicherstellung von Fachpersonal für den öffentlichen Gesundheitsdienst, dessen Aufgaben in sozialkompensatorischer Funktion, in der Suchtprävention, im sozialpsychiatrischen Dienst, im Gesundheitsschutz und im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst weiter anwachsen werden, ist das Hauptziel, um die Aufgaben auch in Zukunft erfüllen zu können.
- Die Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention, besonders im Kindes- und Jugendalter, muss als gesellschaftliches Anliegen verstanden und erreicht werden.
- Die Förderung des Aufbaus eines Suchthilfezentrums ist eine dringliche Aufgabe, die als Nahziel gelöst werden muss.

.....
Fachbereichsleiter
Bernd Wenzlau

.....
Fachdienstleiter
Dr. Bernhard Blüher



Fachdienst 50 Öffentliche Ordnung

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Im Bereich der gewerberechtlichen Aufgaben wurden 2615 Gewerbebeanmeldungen, 757 Gewerbeummeldungen und 2185 Gewerbeabmeldungen bearbeitet.
- Bei den gewerberechtlichen Genehmigungen dominierten zahlenmäßig vor allem die Gestattungen mit jährlich im Durchschnitt 300 bzw. die Gaststättenerlaubnisse mit etwa 20 Vorgängen.
- Im Jahr 2005 erfolgte die Übertragung der Aufgaben der unteren Gewerbebehörde für die Gemeinden Gößnitz, Ponitz und Heyersdorf an die Stadt Schmöln. Darüber hinaus erweiterten sich die Aufgaben des Gewerbeprüfendienstes durch die Übernahme der Vollstreckungsmaßnahmen bei der Zwangstilllegung von Kraftfahrzeugen.
- Auf dem Gebiet der waffenrechtlichen Vorschriften ist vor allem die Änderung des Waffengesetzes im Jahr 2003 zu erwähnen. Aufgrund der Verschärfung dieser Vorschrift erfolgte u. a. bei ca. 900 Waffenbesitzern eine erneute Zuverlässigkeitsprüfung unter Berücksichtigung der erhöhten Anforderungskriterien.
- Es wurden 30 Anträge auf Erteilung einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz bearbeitet.
- Die im Landkreis befindlichen 85 Kleingärtnerorganisationen mit anerkannter kleingärtnerischer Gemeinnützigkeit wurden haushaltsrechtlich geprüft.
- Im versammlungsrechtlichen Bereich zeichnete sich ein starker Anstieg von öffentlichen Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel ab. Wurden in den Jahren 2000 bis 2003 im Jahr durchschnittlich 7 öffentliche Versammlungen durchgeführt, so waren es 2004 bereits 37 und 2005 sogar 64.
- Die Bezirksschornsteinfegermeister meldeten insgesamt 696 Personen, bei denen eine offene Kehrgebühr beizutreiben war.

Problemfelder

- Eine Verwaltungsvorschrift zum Vollzug des neuen Waffengesetzes steht immer noch aus. Ein bundesweit einheitliches Verwaltungshandeln ist insofern nicht sichergestellt.

Ziele

- Durch die Nutzung des neuen eGovernment werden das Informationsangebot und die Bereitstellung entsprechender Antragsformulare durch den Fachdienst erweitert.
- Ständiges Ziel ist die Optimierung der Arbeitsorganisation des Fachdienstes unter Berücksichtigung der erforderlichen Personalentwicklung.

.....
Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

.....
komm. Fachdienstleiter
Andreas Brasche



Fachdienst 51 Ausländer- und Personenstandswesen

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Im Landkreis sind ca. 1000 Ausländer mit Wohnsitz gemeldet. Darunter befinden sich ca. 200 Asylbewerber.
- Im Rahmen des Vollzuges ausländerrechtlicher Vorschriften wurden u. a. 99 freiwillige Ausreisen begleitet, 30 Botschaftsvorfürungen zum Zwecke der Passbeschaffung durchgeführt sowie 80 Abschiebungen eingeleitet.
- Auf dem Gebiet des Personenstandswesens wurden 40 Einbürgerungen vorbereitet, 60 Einbürgerungszusicherungen erteilt, 42 Staatsangehörigkeitsausweise ausgestellt und 168 Urkunden über Staatsangehörigkeitsausweise erstellt.
- Im Rahmen der Standesamtsaufsicht wurden alle sechs Standesämter und die Arbeit der dort tätigen 16 Standesbeamten jährlich überprüft. Neben fachlicher Unterstützung und Beratung waren die Standesbeamten auch auf Fehler und deren Beseitigung hinzuweisen.
- Als Namensänderungsbehörde hat der Fachdienst 46 Anträgen auf Änderung des Vornamens entsprochen. In 56 Fällen wurden vollständige Anträge auf Änderung des Familiennamens an das Thüringer Landesverwaltungsamt weitergereicht.
- Am 31.12.2005 wurde der Fachdienst Ausländer- und Personenstandswesen dem Fachdienst Öffentliche Ordnung und Gewerbeangelegenheiten angegliedert.

Problemfelder

- Es bestehen Unstimmigkeiten zwischen unserem Haus und dem Thüringer Landesverwaltungsamt bezüglich unterschiedlicher Rechtsauffassungen zum Thema Zuständigkeiten im Bereich Einbürgerung.

Ziele

- Eigenständige Ziele können an dieser Stelle nicht formuliert werden, da mit Wirkung vom 01.01.2006 der Fachdienst 51 in den Fachdienst 50 eingegliedert wurde.

.....
Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

.....
komm. Fachdienstleiter
Andreas Brasche



Fachdienst 52 Straßenverkehr

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Fachdienst Straßenverkehr hat die Aufgabe
 - die Fahrerlaubnisverordnung umzusetzen
 - verkehrsrechtliche Anordnungen und Erlaubnisse zu erteilen
 - den öffentlichen Personennahverkehr zu organisieren
 - den Taxi- und Mietwagenverkehr zu überwachen
 - das Güterkraftverkehrsgesetz umzusetzen
 - die Verkehrssicherheitsarbeit zu unterstützen.

Dabei wurden insbesondere die nachfolgenden Ergebnisse erreicht:

- Im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr konnte das Fahrplanangebot mit 38 Linien im Regional- und Stadtbusverkehr bei ca. 3 Mio. Fahrplankilometern/Jahr stabilisiert und die Integration des Schülerverkehrs in den öffentlichen Personennahverkehr fortgesetzt werden.
- 2002 wurde der Nahverkehrsplan des Landkreises für den Straßenpersonennahverkehr bis 2006 fortgeschrieben.
- Am 01.08.2005 trat der Landkreis der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH bei. Damit wurde die seit 2001 laufende Vorbereitung erfolgreich abgeschlossen.
- Im Berichtszeitraum wurden 33.000 Anträge auf Erteilung des am 01.01.1999 eingeführten Kartenführerscheines und ca. 5.000 Entzüge von Fahrerlaubnissen bearbeitet.
- Neben den vom Fachdienst jährlich erstellten ca. 1.200 verkehrsrechtlichen Anordnungen wurden wegweisende Beschilderungen für die Ortsumgehung Altenburg, den Flugplatz Altenburg-Nobitz sowie das Radwegenetz veranlasst.
- Als jährlicher Abschluss der vielen Aktivitäten zur Kinderverkehrserziehung wurde ein Verkehrssicherheitstag für Kinder der 4. Klassen durchgeführt.
- Die im Landkreis ansässigen 140 Güterkraftverkehrsunternehmen mit einem derzeitigen Fahrzeugbestand von 743 Lastkraftwagen und die 52 Taxi- und Mietwagenunternehmen mit 97 Fahrzeugen wurden fachgerecht betreut.

Problemfelder

- Die Finanzzuweisungen des Freistaates Thüringen zur Deckung der Betriebskostenbeihilfen im ÖPNV verändern sich jährlich, sind rückläufig und dadurch nicht planbar.
- Gesetze und Verordnungen werden zunehmend bürokratischer, unübersichtlicher und sehr oft geändert.

Ziele

- Durch die effizientere Nutzung der Computertechnik soll eine verbesserte kunden- und dienstleistungsorientierte Arbeit erreicht werden.
- Der Nahverkehrsplan des Landkreises für die Jahre 2007 – 2011 ist im Jahr 2006 fortzuschreiben.

.....
Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

.....
Fachdienstleiterin
Monika Meister



Fachdienst 53 Kfz-Zulassung

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Im Fachdienst erfolgt die Zulassung von Kraftfahrzeugen und deren Anhängern, die auf öffentlichen Straßen in Betrieb gesetzt werden sollen. Im Zulassungsbereich gab es per 31.12.2005 einen Bestand von 76.853 Fahrzeugen. Während des Berichtszeitraumes wurden insgesamt 199.362 Publikumsvorgänge bearbeitet, das entspricht im Durchschnitt 33.227 Vorgängen pro Jahr.
- Unsere Aufgabe ist auch die Prüfung und Bearbeitung von Versicherungsanzeigen nach § 29d StVZO (Straßenverkehrszulassungsordnung) und von Amtshilfeersuchen des Finanzamtes zur Entstempelung von Kennzeichen wegen Nichtzahlung der Kfz-Steuer. Dabei wurden in den Jahren von 2000 bis 2005 jährlich durchschnittlich 3.400 Versicherungs- und 830 Steueranzeigen bearbeitet.
- Im Mai 2001 wurde mit der Einführung des neuen EDV-Verfahrens „OK-Vorfahrt“ für die Bearbeitung von Publikums- und Verwaltungsvorgängen begonnen. Dies erforderte eine umfassende Schulung aller Mitarbeiter, auch außerhalb der Arbeitszeit, um eine kompetente und reibungslose Bearbeitung zu gewährleisten.
- Seit Januar 2003 ist die Reservierung von Wunschkennzeichen über das Internet möglich. Es erfolgten bisher insgesamt 5.367 Reservierungen.
- Am 01. Oktober 2005 erfolgte die Einführung der neuen Fahrzeugdokumente, Zulassungsbescheinigung Teil I und Teil II nach der EU-Richtlinie 2003/127/EU.

Problemfelder

- Trotz gleichbleibender Arbeitsintensität sank die Wochenarbeitszeit im Fachdienst infolge von Altersteilzeit, Halbtagskräften und Haustarifvertrag von 520 auf 388 Stunden.
- Eine längere Ausfallzeit von Mitarbeitern infolge von Krankheit ist nicht mehr kompensierbar.
- Bei zusätzlichen Aufgaben, wie der Durchsetzung der Thüringer Verordnung über die Mitwirkung der Zulassungsbehörden bei der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer ab 01.04.2006 und weiterer Verringerung der Wochenarbeitszeit ist eine kundenfreundliche Arbeit zunehmend gefährdet.

Ziele

- Um die Bürger über gesetzliche Veränderungen im Zulassungswesen schneller und besser zu informieren, muss die Öffentlichkeitsarbeit des Fachdienstes verstärkt werden.
- Durch kontinuierliche Information und Schulung der Sachbearbeiter zu gesetzlichen Veränderungen sollen eine verbesserte, kompetente, dienstleistungsorientierte und kundenfreundliche Arbeit gewährleistet und die Wartezeiten für die Bürger so kurz wie möglich gehalten werden.

.....
Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

.....
Fachdienstleiterin
Erika Theile



Fachdienst 54 Brand- und Katastrophenschutz

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Aufgaben des Fachdienstes Brand- und Katastrophenschutz sind es:
 - die Gemeinden bei der Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben des Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe zu beraten und zu unterstützen,
 - Stützpunktfeuerwehren zu planen sowie die Gemeinden und Brandschutzverbände bei den dafür erforderlichen baulichen Anlagen, Einrichtungen und Ausrüstungen des überörtlichen Brandschutzes und der überörtlichen Allgemeinen Hilfe zu unterstützen,
 - dafür zu sorgen, dass Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes bereitstehen und über die erforderlichen baulichen Anlagen sowie die entsprechende Ausrüstung verfügen,
 - Stäbe zur Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen zu bilden, die für den Katastrophenschutz erforderlich sind sowie Räume und Ausstattung bereit zu halten,
 - für die Aus- und Fortbildung der Angehörigen des Katastrophenschutzes einschließlich des Stabspersonals zu sorgen,
 - Alarm- und Einsatzpläne aufzustellen und fortzuschreiben, die mit den Alarm- und Einsatzplänen der Gemeinden im Einklang stehen,
 - sonstige, zur wirksamen Verhütung und Bekämpfung von überörtlichen Gefahren und Gefahren größeren Umfanges erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere Übungen durchzuführen,
 - gemeinsame Übungen, Ausbildungs- und Fortbildungsveranstaltungen der Feuerwehren im Landkreis oder im Einvernehmen mit benachbarten Landkreisen oder kreisfreien Städten zu planen und durchzuführen,
 - Gefahrverhütungsschauen durchzuführen und zu Problemen des Brand- und Katastrophenschutzes Stellungnahmen abzugeben.
- Im Berichtszeitraum wurden die Gemeinden in 140 Fällen bei der Durchführung von Aufgaben des Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe beraten und unterstützt.
- Die Stützpunktfeuerwehren wurden durch:
 - die Beschaffung von einem Führungskraftwagen, drei Rüstwagen 1, einem Rüstwagen 2 und einem Gerätewagen Gefahrgut G3,
 - die Förderung einer Drehleiter mit Korb DLK 23/12 (Stützpunktfeuerwehr Meuselwitz), einem Löschgruppenfahrzeug 16/12 (Stützpunktfeuerwehr Schmölln), einem Löschgruppenfahrzeug 10/6 (Stützpunktfeuerwehr Langenleuba-Niederhain) und
 - die Förderung des Neubaus des Gerätehauses der Stützpunktfeuerwehr Langenleuba-Niederhainmit insgesamt ca. 740.000 Euro bei den erforderlichen baulichen Anlagen, Einrichtungen und Ausrüstungen des überörtlichen Brandschutzes und der überörtlichen Allgemeinen Hilfe durch den Landkreis unterstützt.
- Bei dem Hochwasser im August 2002, bei welchem ca. 3000 Helfer von 68 Feuerwehren, THW, Polizei und Bundeswehr über 72 Stunden im Einsatz waren und bei dem Wintereinbruch zum Jahreswechsel 2001/2002 wurden durch Teile des Katastrophenschutzstabes und Mitarbeitern des Fachdienstes die zur wirksamen Bekämpfung dieser Gefahren größeren Umfanges erforderlichen Maßnahmen getroffen.
- 150 Helfer wurden während der Hochwasserereignisse 2002 und 2003 in Sachsen und Sachsen-Anhalt zur Unterstützung entsandt.



- Der Fachdienst hat gemeinsam mit der Bundeswehr die Katastrophenschutzvollübung „Ostthüringenwehr 2003“ mit ca. 2200 Mitwirkenden geplant, vorbereitet und durchgeführt.
- Von 2000 bis 2005 wurden 275 Gefahrenverhütungsschauen durchgeführt, zu 355 Baugenehmigungen, 25 Beteiligungen nach Bundesemissionsschutzgesetz, ca. 200 Satzungsprüfungen, 560 Anfragen nach Gewerberecht und ca. 500 kommunalen Anfragen Stellungnahmen abgegeben und ca. 80 Helfer im Katastrophenschutz verpflichtet.
- Die Thüringer Jugendfeuerwehr wurde beim Landeszeltlager 2004 und der Kreisfeuerwehrverband bei seinen jährlichen Zeltlagern der Jugendfeuerwehr in Panna unterstützt.
- Es wurden Alarm- und Einsatzpläne aufgestellt und fortgeschrieben.

Problemfelder

- Die finanzielle Ausstattung im Katastrophenschutz ist gegenwärtig zu gering.
- Die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter des Fachdienstes ist sehr hoch.

Ziele

- Die Stützpunktfeuerwehren Altenburg und Meuselwitz sollen beim Bau der Feuerwehrrätehäuser unterstützt werden.
- In den kommenden Jahren sind weitere Fahrzeuge und Ausrüstungen für den Katastrophenschutz zu beschaffen.

.....
Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

.....
Fachdienstleiter
Frank Schmiedel



Fachdienst 55 Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Das Tätigkeitsfeld des Fachdienstes Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung umfasst die
 - Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen
 - lebensmittelhygienische Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen
 - Überwachung der Fleischhygiene, einschließlich Schlachtier- und Fleischuntersuchung
 - Überwachung des Tierschutzes und der Tiergesundheit
 - Überwachung des Tierarzneimittelverkehrs
 - Überwachung der Tierkörperbeseitigung und der Beseitigung tierischer Nebenprodukte.
- Im Berichtszeitraum wurden in 18 Fällen eine anzeigepflichtige Tierseuche (8 x Salmonellose der Rinder, 1 x BSE, 3 x Psittakose bei Papageien, 3 x amerikanische Faulbrut bei Bienen, 3 x BVD bei Rindern) festgestellt und diagnostische Maßnahmen zu deren Sanierung angeordnet.
- Im Rahmen der Tierseuchenüberwachung wurden 107.583 Proben zur labordiagnostischen Untersuchung in das Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz verbracht und eine Ergebnisbewertung in eigener Zuständigkeit durchgeführt.
- Zur Kontrolle des Verkehrs mit Tierarzneimitteln fanden in Landwirtschaftsbetrieben und tierärztlichen Hausapotheken 154 Überprüfungen statt.
- In Haltungen von landwirtschaftlichen Nutztieren sowie von Heimtieren (Hunde, Katzen, Exoten, Ziervögel) erfolgten 2617 Tierschutzkontrollen.
- Bei 13.841 Hygienekontrollen in Betrieben zur Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen wurden 4267 Planproben entnommen, zur Untersuchung in das Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz verbracht und eine Ergebnisbewertung in eigener Zuständigkeit durchgeführt.
- Im Rahmen der Überwachung der Tierkörperbeseitigung wurden vier Biogasanlagen, eine Kompostieranlage, zwei technische Anlagen sowie eine Einrichtung zur Verfütterung von tierischen Nebenprodukten veterinärrechtlich zugelassen.
- Bei 3.323.069 Schlachttieren (Rind, Schwein, Schaf, Ziege) erfolgte eine amtliche Schlachtier- und Fleischuntersuchung durch amtliche Tierärzte und Fleischkontrolleure des Landratsamtes.
- Am 01.03.2002 wurde mit der Kommunalisierung der staatlichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter den Landkreisen die Zuständigkeit auf diesem Gebiet übertragen.
- Zwei Kontrollen unserer Behörde durch das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt Dublin der EU-Kommission (2003 EU-Kontrolle Tierschutzschlachtverordnung, 2004 EU-Kontrolle Rinderkennzeichnung/Rindfleischetikettierung) verliefen ohne Beanstandungen.
- Bei Kontrollen der Südostfleisch GmbH Altenburg im Zulassungsverfahren für den Export von Schweinefleisch in die USA durch das Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit Berlin und Food Safety and Inspection Service Ohio, USA war und ist der Fachdienst unmittelbar beteiligt.



- Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Einschleppung und zur Bekämpfung bei auftretenden hochkontagiösen Tierseuchen (2002 MKS Seuchenzug im Vereinigten Königreich Großbritannien, 2003 Geflügelpest in den Niederlanden, 2005 aviäre Influenza in Südost-Europa) wurden in Zusammenarbeit mit dem Katastrophenschutzstab des Landkreises ergriffen und geprobt.

Problemfelder

- In der Globalisierung wird ein stark gestiegenes Risiko der Einschleppung von Tierseuchenerregern gesehen.
- Die Haltung von Heimtieren (Schwerpunkt: Hunde, Katzen, Exoten) führt bedingt durch die soziale Situation einzelner Halter aber auch bei feststellbarer Sorglosigkeit bzw. Unwissenheit zunehmend zu tierschutzrelevanten Verstößen.
- Im Umgang mit Lebensmitteln, durch neue Sortimente, Technologien, Markterweiterung aber auch bei der Direktvermarktung von Lebensmitteln wird bei Bürgern in privaten Haushalten, bei Unternehmern und im Gewerbe eine gewisse Sorglosigkeit bzw. mangelndes Wissen festgestellt. Dies stellt an die amtliche Lebensmittelüberwachung zur Sicherung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes steigende Anforderungen.
- Die weitere Aufgabenübertragung auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung durch EU, Bund und Länder auf die Landkreise ohne entsprechenden personellen bzw. finanziellen Ausgleich muss im Sinne der Aufgabenerfüllung bzw. deren finanzieller Absicherung problematisch gesehen werden.

Ziele

- Grundziel ist die weitere Sicherung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, Tierseuchenschutzes und des Tierschutzes durch regelmäßige Kontrollen und Beratung von Bürgern und Unternehmen.
- Die Verbesserung der Tiergesundheit mit dem Ziel des Abschlusses der Sanierung der Rinderbestände im Landkreis bezüglich BHV-1 Infektion und Beginn von Sanierungsmaßnahmen hinsichtlich BVD und Paratuberkulose der Rinder wird auch in den nächsten Jahren zentrale Aufgabe sein.
- Im Sinne des Schutzes der Tierbestände vor Tierseuchen bzw. Bekämpfung dieser bei Verdacht oder dem Auftreten wird weiterhin eine intensive Schulung und auch Durchführung von Übungen im Katastrophenschutzstab des Landkreises erfolgen. Eine Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen ist anzustreben.
- Das Akkreditierungsverfahren des amtlichen Labors am Standort der Südostfleisch GmbH Altenburg soll im ersten Halbjahr 2006 erfolgreich abgeschlossen werden.
- Die veterinärhygienische Begleitung der Südostfleisch GmbH Altenburg im Zulassungsverfahren für den USA-Export, im Qualitätsmanagement sowie bei Kunden- und Erzeugeraudits hat neben dem gesundheitlichen Verbraucherschutz auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei einem der größten Arbeitgeber der Region weiterhin große Bedeutung.

.....
Fachbereichsleiter
Ronny Thieme

.....
Fachdienstleiter
DVM Matthias Tharau



Fachdienst 60 Bauordnung und Denkmalschutz

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der unteren Bauaufsicht obliegt die Wahrnehmung von Staatsaufgaben als Pflichten im übertragenen Wirkungskreis. Dazu gehören:
 - Bearbeitung von Baugenehmigungs- und Bauanzeigeverfahren für die Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung und den Abbruch von baulichen Anlagen,
 - Erteilung von Bauvorbescheiden in Bezug auf bauplanungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Zulässigkeit,
 - Führung des Baulastenverzeichnisses,
 - Durchführung von Baukontrollen, Rohbau- und Schlussabnahmen,
 - Bauzustandsbesichtigung und Bauüberwachung,
 - Feststellung der Brauchbarkeit von Baustoffen,
 - Durchführung wiederkehrender Prüfungen von Sonderbauten,
 - Gebrauchsabnahme fliegender Bauten,
 - Mitwirkung an Gefahrenverhütungsschauen,
 - Einschreitung bei sicherheitsgefährdenden und rechtswidrigen Zuständen und Überwachung der Mängelbeseitigung
- Im Berichtszeitraum wurden 12650 Vorgänge mit einem Investitionsvolumen von ca. 370 Mio. € positiv beschieden.
- Die Einführung des landesweit ersten „Lotsendienstes“ im Baugenehmigungsverfahren für wirtschaftsrelevante Vorhaben im Jahr 2000 führte zur schnellstmöglichen Koordination der Träger öffentlicher Verfahren. Dabei wurden 105 Anträge im Schnellverfahren mit einem Investitionsvolumen von 82 Mio. € bei einer Bearbeitungsdauer von durchschnittlich 20 Tagen erfolgreich realisiert.
- Seit der Einführung des thüringenweit ersten Online-Dienstes zur „Einsicht in die Bauakte“ per Internet im Jahr 2003 erfolgten bislang 2800 Zugriffe, das heißt, dass ca. jeder dritte Antragsteller die Möglichkeit des Online-Verfahrens nutzt.
- Durch die Konzentration der Fachdienste 60, 61 und 62 am Standort Schmöln und der Schaffung optimaler Möglichkeiten bei der Ausstattung mit modernster Hard- und Software wurden Synergieeffekte zur Optimierung der Verwaltungsabläufe erzielt.
- Die Zuordnung der Kreisplanung zum Fachbereich 6 im Jahr 2005 ermöglichte die Nutzung von GIS (Graphische Informationssysteme) für alle Fachdienste im Fachbereich.
- Laut IHK-Studie vom Herbst 2005 hinsichtlich der Unternehmerfreundlichkeit, des Service und der Schnelligkeit nahm der Fachdienst die Spitzenposition im Kammerbezirk Ostthüringen ein.
- Die untere Denkmalschutzbehörde ist Ansprechpartner für Eigentümer von 1277 Kulturdenkmalen im Landkreis.
- Die Koordination der Veranstaltungen zum „Tag des offenen Denkmals“ wird durch die untere Denkmalschutzbehörde seit 1993 mit stetig steigendem öffentlichem Interesse wahrgenommen.
- Seit 2000 besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Bauhaus-Universität Weimar und im Jahr 2005 erfolgte der Beitritt des Landkreises zum Denkmalverbund Thüringen e. V. im Interesse der Denkmaleigentümer.
- Durch die untere Denkmalschutzbehörde wurde die Teilnahme am Projekt der Deutschen Stiftung Denkmalschutz „denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule“ im Schuljahr 2005/2006 initiiert, an der drei Regelschulen des Landkreises teilnehmen, um Schüler schon frühzeitig mit dem Anliegen des Denkmalschutzes vertraut zu machen und für die Bauten der Vergangenheit zu interessieren.



Problemfelder

- Durch die Novellierung der Thüringer Bauordnung 2004 wurde die Verantwortung hauptsächlich auf den Bürger verlagert, verbunden mit einer Verstärkung der repressiven Bauaufsicht.
- Der drastische Personalabbau infolge der angespannten Finanzsituation und der Gesetzesänderung führt zwangsläufig zur Reduzierung des Serviceangebotes.
- Bei der Beteiligung von höherrangigen Genehmigungsverfahren (z. B. Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz) gibt es keine Gebühreneinnahmen für den Landkreis.
- Mit der Novellierung des Thüringer Denkmalschutzgesetzes (ThürDSchG) 2004 verabschiedete sich das Land aus der gesetzlichen Pflicht zur angemessenen Unterstützung der Denkmaleigentümer.

Ziele

- Das eGovernment ist weiter auszubauen, um größeren Nutzen für Wirtschaft und Bürger zu erzielen.
- Die Nutzung des Graphischen Informationssystems (GIS) muss erweitert werden, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen (z. B. für Flächennutzungspläne, Bebauungspläne, umweltrelevante Vorhaben, Versorgungsleitungen).
- Durch verstärkte Prüfungen im bauaufsichtlichen Bereich soll eine höhere Sicherheit für die Bürger bei der Nutzung baulicher Anlagen erreicht werden.
- Die Prüfungen bei der Nutzung von Sonderbauten müssen im Rahmen bestehender Zuständigkeiten erweitert werden.
- Mit weiteren Aktivitäten und Projekten zur Sensibilisierung der Bürger und insbesondere der Jugend ist das Anliegen des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen.

.....
Kommis. Fachbereichsleiter und Fachdienstleiter
Kunz Gelbrich



Fachdienst 60 Bereich Kreisplanung

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Die Kreisplanung war im Berichtszeitraum mit der Wahrnehmung und Begleitung folgender Aufgaben befasst:
 - Mitwirkung in formellen Verfahren für die Aufstellung von Bauleitplanungen einschl. Prüfung von Satzungen und bei der Genehmigung von Infrastruktur- und Bergbauvorhaben,
 - Mitwirkung an Raumordnungsverfahren, landesplanerischen Abstimmungsverfahren, Planfeststellungsverfahren, Flurbereinigungsverfahren u. a.,
 - Begleitungsfunktion bei Planfortschreibungen auf Landes- und Regionalplanungsebene, z. B. Landesentwicklungsplan (LEP) Thüringen und Regionaler Raumordnungsplan (RROP) Ostthüringen und
 - Aufgaben der Kreisentwicklung/Infrastrukturentwicklung und Mitwirkung in Gremien der Regionalebene.
- Dabei hat die Kreisplanung erreicht, dass regional bedeutsame Projekte der Verkehrsinfrastruktur (Schiene, Straße) in die Planfortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) eingebracht wurden:
 - der 6-streifige Ausbau der BAB 4 einschl. Tank- und Rastanlage „Altenburger Land“,
 - die B 93 Ortsumfahrung (OU) Altenburg mit Anbindung an die B 7 und dem Knotenpunkt B 93/B180 mit Ausbau der Ortsdurchfahrt Münsa,
 - die B 93 OU Gößnitz,
 - die B 7 OU Großstöbnitz,
 - die B 180 OU Rositz/Altenburg,
 - die OU Meuselwitz,
 - die Linienführung der B 7 neu Altenburg/Frohburg/BAB 72 sowie
 - der Lückenschluss der B 93 mit Neubau der Anbindung an den Flugplatz Altenburg-Nobitz.
- Die regional bedeutsamen Schienenverbindungen Altenburg - Zeitz und Altenburg-Ehrenhain mit Anbindung des Flugplatzes Altenburg-Nobitz für den Güterverkehr wurden gesichert.
- Das länderübergreifende Flurneuordnungsverfahren für den Anflugbereich des Flugplatzes Altenburg-Nobitz zur Standortsicherung ist vorbereitet.
- Ein Verkehrsleitsystem zum Flugplatz Altenburg-Nobitz wurde geschaffen.
- Eine Radwegekonzeption für den Landkreis Altenburger Land steht zur Verfügung.
- Das Regionalmanagement zur Braunkohlen- und Wismutregion einschließlich der Mitwirkung an den Begleitprojekten der BUGA 2007 wurde unterstützt.
- An der Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes (RROP) Ostthüringen hat der Fachdienst mitgewirkt.
- Das Geographische Informationssystem (GIS) wurde bei den Planungsaufgaben eingeführt und genutzt.
- Die Kreisplanung wurde im Jahr 2005 in den Fachdienst 60 eingegliedert. Die Nutzung von GIS konnte dadurch für alle Fachdienste im Fachbereich ermöglicht werden verbunden mit weiteren Synergieeffekten zur Optimierung der Verwaltungsabläufe.



Problemfelder

- Auf Entscheidungen zum bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei Straßen, Schienen und Flugplatz wird teilweise nicht fachgerecht politischer Einfluss von außerhalb ausgeübt.
- Der zur Zeit von Bund und Land zur Verfügung gestellte Haushaltsrahmen ist durch die Finanzierung der laufenden und als indisponibel festgelegten Verkehrsprojekte (z. B. die Kofinanzierung der BAB 71) bis 2006 ausgelastet, so dass Planungen und weitere Baubeginne wichtiger Großprojekte der Verkehrsinfrastruktur im Altenburger Land zeitlich verschoben werden.

Der planerische Aufwand und der Investitionsbedarf für die Maßnahmen müssen damit ständig erhöht werden (Beispiel B 93 OU Gößnitz und Zubringer BAB 72).

Ziele

- Der bedarfsgerechte Ausbau des funktionalen Verkehrsnetzes (Straße, Schiene, Luftverkehr) einschließlich des Wander- u. Radwegenetzes im Altenburger Land soll gesichert werden.
- Die Aufnahme und entwicklungsgerechte Einordnung des Flugplatzes Altenburg-Nobitz als LowCost-Standort im mitteldeutschen Luftverkehrskonzept wird angestrebt.
- Ein länderübergreifendes Flurneuerungsverfahren für den Anflugbereich des Flugplatzes soll durchgeführt werden.
- Die Inwertsetzung von Konversions- und Brachflächen als Baulandreserve bzw. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Infrastrukturvorhaben ist zur Verminderung der Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Freiräume weiter zu entwickeln.
- Durch den Ausbau der Anwendung von GIS im Fachbereich 6 sind die Nutzungsmöglichkeiten weitestgehend auszuschöpfen.

.....
Kommiss. Fachbereichsleiter und Fachdienstleiter
Kunz Gelbrich



Fachdienst 61 Gewässer- und Bodenschutz

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Fachdienst 61 erließ innerhalb seiner Zuständigkeit beim Vollzug der Wasser- und Bodenschutzgesetzgebung im Landkreis Altenburger Land 3939 Einzelfallentscheidungen.
- Die untere Wasserbehörde (UWB) wurde zielgerichtet und präventiv tätig durch Gewässerschauen (z. B. Wiera, Schnauder, Rainbach, Gerstenbach), Gewässerbefahrungen (z. B. Sprotte, Pleiße) und Wasserschutzgebietsschauen (Schutzzonen der Trinkwasserfassungen).
- Die Wasserqualität der Gewässer im Landkreis wurde überwiegend auf die Gewässergüteklasse II – III verbessert.
- Die Durchgängigkeit der Gewässer wird gemeinsam mit den Gemeinden verbessert. Die Wehrrumbauten Lucka und Nöbdenitz sind fertig gestellt. Die Planungen für 11 Sprottewehe befinden sich bei der UWB zur Genehmigung.
- Der Hochwasserschutz in Treben, Windischleuba, Gößnitz wurde gemeinsam mit den Gemeinden verbessert; in Podelwitz laufen derzeit die Vorbereitungen. Die UWB war mit fachlicher Unterstützung und Genehmigung der Pläne an den Gewässern 2. Ordnung beteiligt.
- Das landkreisübergreifende Gewässerentwicklungskonzept „Lebendige Sprotte“ wurde von der UWB fachlich unterstützt. Dieses konnte als vom Freistaat Thüringen gefördertes Modellvorhaben Flussgebietsmanagement durchgesetzt werden.
- Vorhaben der örtlichen Wirtschaft werden im Rahmen des „Lotsendienstes“ schnellstmöglich bearbeitet (z.B. Neuinvestitionen, Erweiterungen, Umbauten).

Problemfelder

- Mit mehrfachen Änderungen bzw. Neufassungen des Thüringer Wassergesetzes und des Thüringer Bodenschutzgesetzes wurden dem Fachdienst 61 mehr Aufgaben jedoch ohne Kosten- bzw. Personalausgleich übertragen.
- Durch Langzeiterkrankungen von Fachpersonal und fehlenden Ersatz war die Sicherung der Aufgabenerfüllung problematisch.

Ziele

- In Umsetzung der Forderungen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie soll bis 2015 ein guter Gewässerzustand hergestellt werden.
- Die Verbesserung der Durchgängigkeit der Gewässer für wassergebundene Lebewesen wird fortgeführt.
- Die Ausstattung des Fachdienstes 61 mit leistungsfähigerer EDV zur Nutzung des Programmsystems KomVorUmwelt in Verbindung mit einem vorhandenen Geografischen Informationssystem muss verbessert werden.

.....
Kommis. Fachbereichsleiter
Kunz Gelbrich

.....
Fachdienstleiter
Dr. Stefan Gerth



Fachdienst 62 Umwelt und Jagd/Fischerei

Arbeitsbericht 2000 – 2005/06

- Der Fachdienst 62 erfüllt im übertragenen Wirkungskreis staatliche Aufgaben der unteren Naturschutzbehörde, der unteren Abfallbehörde, der unteren Immissionsschutzbehörde und der unteren Jagd- und Fischereibehörde.
- Entsprechend der aus den einzelnen Fachgesetzen gegebenen Zuständigkeit erteilte der Fachdienst Umwelt und Jagd/Fischerei 4907 umweltrechtliche Genehmigungen und Stellungnahmen sowie 1192 jagd- und fischereirechtliche Genehmigungen.
- Durch Gewerbegebiete, Wohnbebauungen, Bergbau, Gewässerausbaumaßnahmen und vor allem durch den Neu- und Ausbau von Straßen erfolgten teilweise sehr großflächige Eingriffe in Natur und Landschaft, die automatisch zum Entzug von wertvollen Lebensräumen für viele Tier- und Pflanzenarten führten. Innerhalb der für diese Vorhaben erforderlichen Genehmigungsverfahren setzte die untere Naturschutzbehörde entsprechende Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen („Wiedergutmachungsmaßnahmen gegenüber der Natur“) fest und kontrollierte deren Realisierung. Diese Kompensationsmaßnahmen konnten bis zur Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) 1998 erst nach Vollzug des Bauvorhabens realisiert werden. Die Novellierung des BauGB ermöglicht den Kommunen die Einrichtung eines so genannten „Öko-Kontos“, d. h. dass Ausgleichsmaßnahmen vor dem Eingriff erfolgen können. Die untere Naturschutzbehörde erstellte landesweit erstmalig ein Konzept zur Erarbeitung und zum Führen des Öko-Kontos zur Beschleunigung der Abarbeitung von naturschutzrechtlichen Belangen bei Baugenehmigungen, das inzwischen von vielen Kommunen erfolgreich genutzt wird.
- Die Vermittlung des Umweltschutzgedankens durch eine breit gefächerte Öffentlichkeitsarbeit stand gleichfalls im Mittelpunkt der Arbeit des Fachdienstes 62. Dazu zählten neben der aktiven Unterstützung bei der Umsetzung der BUGA-Projekte des Landkreises auch das Initiieren von Umweltprojekten an fünf Schulen des Landkreises („Otilie-Projekte“) sowie die Organisation von fünf öffentlichen Veranstaltungen zu verschiedenen Naturschutzthemen. Analog erfolgte auch die Unterstützung von LEADER+-Projekten zur Weiterentwicklung und nachhaltigen Belebung des ländlichen Raums.
- Bei der Durchführung der thüringenweiten Aktion „Fledermausfreundlich“ mit dem Ziel des Erhalts und der Neuschaffung von Quartieren wurden insgesamt 72 Auszeichnungen im Rahmen dieser Aktion vorgenommen.
- Die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen Erfurt und Bernburg sowie der Freien Universität Berlin gewährleistet die Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse in die tägliche Arbeit. Vier Diplomarbeiten zu naturschutzfachlichen und -rechtlichen Themen wurden betreut.
- Ein deutschlandweites Novum war die Zusammenlegung der unteren Naturschutzbehörde und der unteren Jagdbehörde im Fachdienst 62 im Jahr 2003, was relativ schnell zu Synergieeffekten führte. Sowohl die Jagd als auch die Naturschutzbehörde profitieren vom unkomplizierten Austausch von Informationen und schnelleren Entscheidungen bei Problemen zwischen Jagd- und Naturschutz. Nachteile durch das strukturelle Abkoppeln von der unteren Waffenbehörde ergaben sich nicht, da Jäger in der Regel nur zum Anmelden der Waffen Kontakt zur Waffenbehörde haben.



Problemfelder

- Umfangreiche Änderungen verschiedener umweltrechtlicher Vorschriften mit steter Zunahme von Zuständigkeiten (Einführung des EU-Umweltrechts in deutsches Recht) bei Rückgang der personellen Besetzung des Fachdienstes bereiten Probleme. Die Zunahme der umweltrechtlichen Regelungen führt teilweise nur zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand ohne nachweisbar größeren umweltschützerischen Effekt.
- Da der Fachdienst 62 sowohl Verwaltungs- als auch Fachbehörde ist, bedarf es zwingend der ständigen Weiterbildung der Mitarbeiter, die wiederum auf Grund der Haushaltlage nur schwer möglich ist.
- Gleiches gilt für die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben, die ebenfalls bedingt durch die schwierige Haushaltlage immer problematischer wird.
Fehlende Mittel für Baumgutachten und Baumpflege erschweren die Ausübung der Verkehrssicherungspflicht für Bäume im Straßenraum. Fehlende Mittel für die Landschaftsplanung wirken sich negativ auf die Bauleitplanung aus, da entsprechende Fachkonzepte nicht in Auftrag gegeben werden können.
- Die Pflege der Schutzgebiete des Landkreises ist nur noch in sehr eingeschränktem Maß möglich.

Ziele

- Die ständige Erhöhung der fachlichen Kompetenz und Leistungsfähigkeit wird angestrebt, um Entscheidungen weiter zu beschleunigen.
- Zur Erhöhung der Effizienz von Verwaltungsentscheidungen wird das Geoinformationssystem für alle Arbeitsplätze im Fachdienst stärker genutzt.
- Das Vermitteln des Umweltschutzgedankens unabhängig vom verwaltungsseitigen Handeln bleibt auch zukünftig ein wesentliches inhaltliches Ziel der Arbeit des Fachdienstes.
- Die Synergieeffekte durch das Zusammenlegen der unteren Jagd- und Naturschutzbehörde sind weiter auszubauen (gemeinsame Beratungen von Naturschutzbeirat, Fischereibeirat und Jagdbeirat, Aufbau einer gemeinsamen Datenbank), um in den Bereichen fachlich fundierte und einvernehmliche Lösungen schneller herbeizuführen.

.....
Kommiss. Fachbereichsleiter
Kunz Gelbrich

.....
Fachdienstleiterin
Birgit Seiler



63 Dienstleistungsbetrieb Abfallwirtschaft / Kreisstraßenmeisterei

Arbeitsbericht 2000 – 2005/6

Abfallwirtschaft:

- Mit der Gründung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft am 01.01.1995 verfolgte der Landkreis das Ziel, den Übergang in das deponielose Zeitalter (ab 01.06.2005) rechtzeitig und kontinuierlich vorzubereiten.
- Diese Entwicklung entsprach den hohen ökologischen Anforderungen der gesetzlichen Vorgaben. In dessen Ergebnis ist die „Deponie Am Kapsgraben“ in Schmölln bereits rekultiviert und befindet sich im Übergang in die Nachsorgephase.
- Ein Teil der „Deponie Leipziger Straße“ erhielt eine Basisabdichtung und der bestehende Altteil des Deponiekörpers ist ebenfalls bis zum jetzigen Zeitpunkt rekultiviert.
- Darüber hinaus besteht eine weitere Aufgabe in der Zuständigkeit der Abfallentsorgung im Landkreis im Sinne der Vorschriften des Thüringer Abfallgesetzes (ThürAbfG) und der Betreibung dieser als öffentliche Einrichtung. Aufgrund des Ablagerungsverbotes von Abfällen wurde auf dem Deponiegelände Leipziger Straße in Altenburg eine Umladestation durch die SITA Deutschland GmbH errichtet.
- Ein konstantes Gebührenmanagement ermöglichte von 1995 - 2004 unverändert gleichgebliebene Abfallgebühren.
- 2004 schrieb der Eigenbetrieb die Entsorgungsleistungen in einem europaweiten offenen Verfahren neu aus und konnte im Ergebnis die Kosten für die Entsorgungsleistungen um ca. 35 % minimieren.

Kreisstraßenmeisterei:

- Der Bereich Kreisstraßenmeisterei (nachfolgend KSM genannt) nimmt im Auftrag des Landkreises die Aufgaben wahr, die sich aus der Straßenbaulast des Landkreises Altenburger Land gemäß den §§ 9 und 10 des Thüringer Straßengesetzes ergeben. Das sind im Wesentlichen alle Erhaltungs- und Unterhaltungsarbeiten an und auf den Kreisstraßen sowie der Winterdienst.
- Kontinuierlich wurde in den vergangenen 6 Jahren Augenmerk darauf gelegt, die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter der KSM weiter zu verbessern und die Leistungen zu erhöhen. Der Geräte- und Technikpark wurde schrittweise auf den aktuellen Stand der Technik umgerüstet und auf das zukünftige Aufgabenspektrum ausgerichtet. Seit dem Jahr 2000 sind so ca. 570 T€ investiert worden.
- Im Zuge der Verwaltungsstruktur erfolgte per 01.01.2004 der Zusammenschluss des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft und des Sachgebietes Kreisbauhof des Landratsamtes zum Dienstleistungsbetrieb Abfallwirtschaft / Kreisstraßenmeisterei. Dieser Übergang verlief reibungslos und hatte bereits im ersten Jahr positive Auswirkungen.
- Allein mit der Übernahme der Standplatzreinigung an den über 300 Standorten der DSD-Sammelbehälter im Landkreis konnte die KSM Einnahmen erzielen, die die Eigenwirtschaftung der Abschreibungen und einen Teil der Altersteilzeitrückstellungen bereits im ersten Wirtschaftsjahr sicherte.
- In den ersten beiden Wirtschaftsjahren konnte die KSM eine Vielzahl kleinerer Aufträge für die Gemeinden auf dem Gebiet der Straßenerhaltung sowie der Gehölz- und Grünflächenpflege in guter Qualität abrechnen. Mit einem klaren Konzept, dem Einsatz modernster Winterdiensttechnik und GPS-gesteuerter Datenerfassung ist es 2005 gelungen, dass 30 Gemeinden die Durchführung des Winterdienstes auf



Ortsdurchfahrten im Zuge von Kreisstraßen und 5 Gemeinden weitere Gemeindestraßen an die KSM übertragen haben.

Problemfelder

Abfallwirtschaft:

- Besonders erschwerend für die zukünftige Ertragslage des Bereiches Abfallwirtschaft sind die erhebliche Verringerung der Einwohnerzahlen, die hohe Arbeitslosigkeit und die immer schlechter werdende Zahlungsmoral der Bürger im Landkreis.
- Die zur Zeit erhöhten Anlieferungen von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Sortierresten im Rahmen der Restabfallbehandlung beim Zweckverband Restabfallbehandlung Ostthüringen (ZRO) durch einige Verbandsmitglieder übersteigen momentan den im Entsorgungsvertrag mit der SITA Deutschland GmbH festgelegten Mengenkorridor. Dies führt unweigerlich zu höheren Entsorgungskosten bei der Restabfallbehandlung. Infolge des Solidarverbundes kann dies letztendlich bei den gewerblichen Anlieferungen zu höheren Gebührensätzen führen.

Kreisstraßenmeisterei:

- Problematisch gestaltet sich momentan die Erarbeitung eines Leistungskataloges durch die Straßenbauverwaltung zur Festlegung der Art und des Umfanges der einzelnen Erhaltungs- und Unterhaltungsarbeiten infolge fehlender Ausgangsdaten (Straßendatenbank).

Ziele

Abfallwirtschaft:

- Zur genaueren und verursachergerechten Abrechnung der Müllentsorgung für die Bürger wird zum 01.01.2007 ein neues Identifikationssystem im Landkreis eingeführt.
- In dem Zeitraum von 2006 bis 2007 wird die Oberflächenabdichtung im Neubereich auf der „Deponie Leipziger Straße“ realisiert. Somit kann diese Deponie in absehbarer Zeit in die Nachsorgephase gehen.

Kreisstraßenmeisterei:

- Auf der Basis eines Leistungskataloges soll die begonnene Kosten- und Leistungsrechnung qualitativ weiter verbessert und der Aufbau eines innerbetrieblichen Controllings zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit vorangetrieben werden.
- Darüber hinaus wird angestrebt, die Arbeits- und Leistungsorganisation der einzelnen Arbeitskolonnen analog der freien Wirtschaft zu optimieren.
- Der Ausbau der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Gemeinden, um die KSM als attraktiven Partner für Aufgaben auf dem Gebiet der Straßenerhaltung, Gehölz- und Grünflächenpflege zu etablieren, muss zwingend erfolgen.

.....
kommis. Fachbereichsleiter
Kunz Gelbrich

.....
kaufm. Werkleiter
Andrea Gerth

.....
techn. Werkleiter
Frank Schmutzler



Impressum

Herausgeber:

**Landratsamt Altenburger Land
Fachdienst Öffentlichkeitsarbeit**

**Lindenaustraße 9
04600 Altenburg**

**Tel. (0 34 47) 58 62 70
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@altenburgerland.de**

Redaktionsschluss: 10.02.2006

Erscheinungsdatum: 15.02.2006

www.altenburgerland.de